PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg.1964 / Nr.16 (20) 15.September Einzelpreis S 3,-

Was tun gegen die TEUERUNG?

Das Hinaufschnellen der Fleischpreise in den letzten Wochen hat nicht nur Erbitterung unter den davon am stärksten Betroffenen - den Arbeitern und Angestellten, Rentnern und Pensionisten - hervorgerufen, sondern auch heftige Diskussionen über die Lohn-Preis-Frage und Kampfaktionen gegen die Teuerung ausgelöst.

Das erste Ergebnis der Diskussionen war die Erkenntnis breiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung, daß es nicht nur eine einmalige sprunghafte Preiserhöhung bei Fleisch- und Wurstwaren gegeben hat, sondern daß es eine dauernde schleichende Teuerung aller Artikel des täglichen Bedarfes gibt - und daß diese permanente Teuerung bei ständiger Erhöhung der Produktivität erfolgt, daß also der Klassenkampf der Unternehmer, Großagrarier, Großhändler und anderen kapitalistischen Gruppen gegen die arbeitenden Menschen, der die Verschärfung der Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung zum Ziel hat, gleichzeitig an zwei Fronten geführt wird: an der Lohnfront durch Festhalten der Löhne bei steigender Produktivität, und an der Preisfront durch systematische Erhöhung der Preise bei festgenagelten Löhnen und Gehältern.

Das zweite Ergebnis der Diskussion war die Erkenntnis, daß etwas gegen die Teuerung und für die Nachziehung der Löhne und Gehälter entsprechend der gestiegenen Produktivität unternommen werden muß. Diese Erkenntnis führte zu Selbsthilfeaktionen, unter denen der Streik der Salzburger Verkehrsbediensteten besonderes Aufsehen erregte.

Die Kapitalisten und ihre sich Arbeitervertreter nennenden Hel-

Aus dem Inhalt:

fer waren über diese plötzliche und heftige Reaktion der Arbeiter und Angestellten bestürzt, umso mehr als diese Reaktion für sie völlig unerwartet kam. Unerwartet aber auch für unsere Parteiführung, die anscheinend das Opfer ihrer eigenen "Theorie" geworden ist, daß es den arbeitenden Menschen in Österreich so gut gehe, daß sie nicht zum Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung bereit seien, ja, daß es sogar sehr schwierig sei, sie für einen Kampf um die Erhöhung ihres Lebensstandards zu gewinnen.

Wenn man die in den Augustnummern der "Volksstimme" enthaltenen Artikel über die Teuerung nachliest, gelangt man zu einer bemerkenswerten Feststellung. Bis zum 14.August findet man wohl Artikel über das Hinaufschnellen der Preise, über die Machenschaften der Fleischgroßhändler, über das "Versagen" der staatlichen Preisüberwachungsorgane (als ob es wirklich deren Ziel wäre, Preiserhöhungen zu verhindern!) und auch einige Zahlen über das Absinken der Kaufkraft infolge der Teuerung. Vergeblich sucht man aber nach einem <u>konkreten Appell</u> an die arbeitenden Menschen, selbst den <u>aktiven Kampf</u> gegen die Teuerung aufzunehmen. Den "kämpferischesten" Ton schlägt noch ein Artikel vom 1.August an, der mit den Worten schließt: "Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter selbst das Wort ergreifen."

Natürlich - es war längst Zeit dazu, daß die Arbeiter selbst "das Wort ergreifen" - aber <u>welches</u> Wort, das Wort <u>wozu</u>? Um "Preisrückführung", um "Käuferstreik", um Zollsenkungen, um erweiterte und beschleunigte "Liberalisierung"(völlige Befreiung von Zöllen) zu verlangen? Oder um Lohn- und Gehaltserhöhungen zu fordern?! Die "Volksstimme" ließ ihre Leser darüber bis zum 14.August in völliger Ungewißheit. Und da sie keine konkreten Kampfziele nannte, konnte sie auch keine mobilisierende Rolle spielen.

Noch am 15.August, als - für den Leser völlig überraschend - an anderer Stelle schon der Warnstreik der Salzburger Verkehrsbediensteten gegen die Teuerung angekündigt wurde, gipfelt der sich mit der Teuerung befaßende Artikel der "Volksstimme" in der auch in jeder bürgerlichen Zeitung denkbaren Frage: "Mutet man den Konsumenten wirklich zu, daß sie sich einen derartigen Zustand gefallen lassen?"

Erst n a c h dem Fanal des Salzburger Warnstreiks findet man in der "Volksstimme" konkrete Aufrufe zum Kampf gegen die Teuerung - also erst, nachdem dieser Kampf schon begonnen hatte. Während unsere Partei früher (was zum Wesen einer kommunistischen Partei gehört) auch in den Kämpfen um Tagesfragen die Rolle eines Vortrupps der kämpfenden Arbeiterklasse spielte, hinkte sie jetzt hinter deren spontanen Kampfmaßnahmen nach. Das Aufgeben der revolutionären Prinzipien im Kampf um das Endziel, die Preisgabe der Rolle der Partei als Vortrupp im revolutionären Kampf um den Sozialismus, hat die Revisionisten in der Parteiführung offenbar auch im Kampf für die Tagesinteressen in die Sackgasse der <u>Nachtrabpolitik</u> geführt.

Nur so und nicht anders läßt sich erklären, daß es den Politikern der "Sozialpartnerschaft" in der SPÖ und im ÖGB im großen und ganzen gelungen ist, den gefährlichen Strom der Empörung über den Preis-

wucher in Bahnen zu lenken, die für die "Sozialpartner" im Industriellenverband und in der Bundeswirtschaftskammer nicht nur ungefährlich, sondern zum Teil sogar sehr nützlich sind! Nur so läßt es sich erklären, daß fast alle Proteste und Resolutionen gegen die Teuerung zunächst nur "Preisrückführung", Zollsenkungen, Forcierung der Liberalisierung und ähnliche Maßnahmen verlangen, und erst für den Fall, daß diese Maßnahmen in absehbarer Zeit nicht zum gewünschten Erfolg führen sollten, Lohn- und Gehaltserhöhungen fordern.

Es ist kein Zufall, daß auch Bundeskanzler Klaus - der ja bekanntlich nicht gerade ein Interessenvertreter der Arbeiter ist - "Maßnahmen" wie "Preisrückführung", Zollermäßigungen und Förderung der Liberalisierung vorbehaltslos gutheißt. In einer Radiorede nach seiner "Aussprache mit Konsumenten" (welche?, wer wählte sie aus?) fügte er jedoch gleich hinzu, daß diese Maßnahmen sich nicht von einem Tag auf den anderen auswirken können und daß die "Konsumenten" sich daher bis zum sichtbaren Erfolg dieser Maßnahmen gedulden müssen, o h n e ihre Wirksamkeit durch Lohn- und Gehaltsforderungen zu "gefährden".

WAS STECKT IN WIRKLICHKEIT HINTER DIESEN "MASSNAHMEN" UND "FORDERUNGEN"?

Die "P r e i s r ü c k f ü h r u n g" ist ein neues Schlagwort für das alte schon zu sehr diskreditierte Wort "Preissenkungsaktion". Denn schon allzu oft hat man den Arbeitern und Angestellten Preissenkungen versprochen, wenn sie als Ausgleich für die Teuerung Lohn- und Gehaltserhöhungen forderten. Aber alle Erfahrungen bewiesen, daß auch dann, wenn die Arbeiter und Angestellten sich durch das Versprechen von Preissenkungen zeitweilig vom Kampf um Lohn- und Gehaltserhöhungen abhalten ließen, die Preise nicht nur nicht gesenkt, sondern bald darauf weiter erhöht wurden. Die leichtgläubigen Hoffnungen auf Preissenkungen mußten noch immer mit verlängerten und verstärkten Reallohnverlusten bezahlt werden. Und da der Kampf um höhere Löhne und Gehälter am Ende doch die einzige Lösung blieb, hatte das geduldige und vertrauensvolle Warten auf die versprochene "Preissenkung" lediglich zur Folge, daß zum Zeitpunkt der Lohn- und Gehaltsnachziehung ein umso größerer inzwischen erlittener Reallohnverlust unabgegolten blieb und die Preistreiber und Kapitalisten einen umso größeren Extraprofit für sich buchen konnten.

Ganz abgesehen davon, daß eine allgemeine Preisrückführung ohne eine staatliche Wirtschaftsplanung und -Lenkung nicht durchzuführen ist, unter den Verhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft daher eine Augenauswischerei bleibt, bedeutet diese Parole, wenn sie nicht mit der Forderung nach gleichzeitiger Abgeltung der durch die Teuerung bereits eingetretenen Reallohneinbußen verknüpft wird, den Verzicht auf

alles das, was die Preiswucherer der arbeitenden Bevölkerung in der Zwischenzeit schon aus dem Lohnsäckchen gestohlen haben!

Wer nach solchen Erfahrungen mit der Forderung nach "Preisrückführung" - selbst als befristeten Versuch - der sofortigen Entfaltung des Kampfes um Lohn- und Gehaltserhöhungen entgegentritt, macht sich daher am Lohn- und Gehaltsraub mitschuldig. Wenn die Führung der SPÖ und des ÖGB das tut, braucht uns das nicht zu wundern, denn sie erfüllt damit lediglich ihre effektive Rolle als Hemmungsorgan der Massenbewegung. Anders ist die Sache bei unserer Parteiführung. Wir Kommunisten haben uns früher von Anfang an gegen solche Betrugsmanöver gestellt, haben offen den damit an den Arbeitern und Angestellten versuchten Betrug aufgedeckt und sind den Illusionen auch dann entgegengetreten, wenn sie die Massen der Arbeiter teilten. Die tatsächliche Entwicklung hat uns recht gegeben - und recht gegeben haben uns am Ende auch die Arbeiter und Angestellten, wenn sie früher oder später auf Grund eigener Erfahrungen den Schwindel erkannten. Diese von vorne herein konsequente und illusionslose Haltung erleichterte es uns, schließlich doch die Kämpfe um Lohn- und Gehaltserhöhungen auszulösen, die allein zu einer zeitweiligen Nachziehung der Realverdienste führen können.

Wie steht es mit der Forderung nach Zollermäßigungen und Forcierung der Liberalisierung? Auch hier muß man zunächst die Erfahrung sprechen lassen. Entsprechend den Verträgen mit den EFTA-Ländern hat es schon eine ganze Reihe von Zollermäßigungen und Liberalisierungsmaßnahmen gegeben. Aber wurden deswegen die davon betroffenen Waren für die Konsumenten auch nur annähernd im Ausmaß der Zollsenkungen billiger? Nein, die Erfahrung beweist, daß auch solche Maßnahmen nicht zu fühlbaren Preissenkungen für die Konsumenten, sondern gerade nur zu Profiterhöhungen für die Großhändler geführt haben. Diese Tatsache gab sogar Bundeskanzler Klaus in seiner Radiorede indirekt zu, indem er versprach, dafür zu sorgen, daß diesmal die Zollermäßigungen in vollem Ausmaß den Konsumenten zugutekommen.

Aber es steht noch mehr hinter den Forderungen nach Zollermäßigungen und Forcierung der Liberalisierung - und das erklärt auch die lebhafte Zustimmung, die gerade diese Forderung in großkapitalistischen Kreisen gefunden hat: DIESE MASSNAHMEN SOLLEN DIE EINGLIEDERUNG ÖSTERREICHS IN DIE EWG ERLEICHTERN UND VORBEREITEN! Der große Widerstand der arbeitenden Bevölkerung gegen den verschämt als "Arrangement" bezeichneten Anschluß an die EWG zwingt die getreuen Diener der Drahtzieher dieser Vereinigung, ihr Ziel auf Umwegen zu verfolgen und den neuen "Anschluß" eventuell - wenn der Haupteingang zu gut bewacht sein sollte - durch eine Hintertüre zu vollziehen. Die Forderung nach Zollsenkung und Liberalisierung bietet ihnen eine glänzende Möglichkeit, dem Auslandskapital eine Hintertür zu öffnen. Und sogar wenn solche Maßnahmen bei der einen oder anderen Ware vorübergehend eine geringfügige Preisverminderung brächten, würde sich dieses "Geschenk" bald als trojanisches Pferd erweisen. Das von Österreich selbst hereingelassene ausländi-

sche Großkapital würde sich auf die österreichische Wirtschaft stürzen und die Arbeitsplätze tausender Österreicher gefährden.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Forderung nach "Liberalisierung des Arbeitsmarktes", die angeblich durch Milderung des Mangels an Arbeitskräften die Konjunktur neu beleben soll. In Wirklichkeit wird dabei das Ziel verfolgt, durch das Einschleusen von Arbeitskräften aus wirtschaftlich noch schlechter gestellten Ländern ein Druckmittel gegen Lohnforderungen zu erlangen.



Angsttraum des Konsumenten

LEIDER NICHT BLOSS EIN "ANGSTTRAUM", SONDERN BITTERE ERFAHRUNGSTATSACHE!

Jedem, der auch nur das ABC des Marxismus beherrscht, muß es klar sein, daß zum Ausgleich für das Ansteigen der Preise und der Arbeitsproduktivität den Arbeitern und Angestellten buchstäblich NUR EIN WEG OFFEN BLEIBT : DER KAMPF UM HÖHERE LÖHNE UND GEHÄLTER !

In der kapitalistischen Wirtschaft ist die Triebfeder der Produktion der Drang der Kapitalisten nach immer höherem Profit. Dieses Ziel können sie vor allem auf folgenden drei Wegen erreichen:

1) durch direkte Lohnsenkung,
2) durch Erhöhung der Produktivität, während die Löhne gleich bleiben oder nicht im selben Tempo steigen,
3) durch Preissteigerungen, während die Löhne gleich bleiben oder langsamer steigen als die Preise.

Die erste Möglichkeit, die Erhöhung der Profite durch direkte Lohnsenkungen, ist den Kapitalisten in den wirtschaftlich entwickelten Ländern in Zeiten der Konjunktur nahezu verschlossen. Die Knappheit an Arbeitskräften würde bei offenen Lohnsenkungen auf einem Sektor zum Abströmen der Arbeitskräfte auf andere Sektoren führen. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter würde bei jedem offenen Angriff auf ihre Löhne zu erbitterten und erfolgreichen Abwehrkämpfen führen. Der große Streik der belgischen Arbeiter war die Antwort auf einen solchen Versuch - und sie fiel nicht nach dem Geschmack der belgischen Kapitalisten aus. Auch die Existenz und das Erstarken des sozialistischen Lagers erschwert ihnen diesen Weg. Direkte Lohnsenkungen würden der Arbeiterklasse allzu deutlich die Überlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen vor Augen führen.

Daher bleiben den Kapitalisten zur Befriedigung ihres Triebs nach immer höherem Profit nur die beiden anderen Möglichkeiten offen und sie machen davon so reichlichen Gebrauch, als die Arbeiter und Angestellten ihnen gestatten. Und das nicht nur in Österreich, sondern in allen kapitalistischen Ländern. Deshalb ist auch die schleichende Teuerung keine spezifisch österreichische, sondern eine für alle kapitalistischen Länder typische Erscheinung.

Umgekehrt gab es jahrzehntelang in den sozialistischen Ländern keine solche Erscheinung, sondern sogar eine systematische und planvolle Herabsetzung der Preise, weil dort die Ursache der Teuerung, die kapitalistische Profitwirtschaft, aufgehoben wurde. Bis vor einigen Jahren war das so klipp und klar, daß die Feinde des Sozialismus keine wirkliche Antwort auf diesen Beweis der Überlegenheit des Sozialismus geben konnten. Leider hat sich das geändert, seit in der Sowjetunion und in anderen von revisionistischen Parteiführern geleiteten sozialistischen Ländern der Versuch unternommen wurde, den Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik mit Preiserhöhungen zu begegnen. Wenn uns Kommunisten heute SP-Funktionäre die 30-prozentige Erhöhung der Fleischpreise in der Sowjetunion als "Argument" für ihre Behauptung an den Kopf werfen, daß jede Erhöhung des Lebensstandards zu Preissteigerungen führen müsse, so zeigt auch das, wie sehr der Revisionismus Chruschtschows auch dem Kampf der westeuropäischen Arbeiter um ihre Tagesforderungen schadet. Man muß aber vor diesem Argument trotzdem nicht erschrecken. Man muß sich nur von der revisionistischen Politik Chruschtschows und seiner Gefolgsleute in anderen sozialistischen Ländern abgrenzen. Und man kann darauf hinweisen, daß es weder in Albanien noch in China Preiserhöhungen gegeben hat, obwohl gerade in diesen Ländern die Erhöhung des Lebensstandards besonders stark war - weil in diesen Ländern eben nicht revisionistische, sondern sozialistische Politik gemacht wird. Es bleibt daher trotz der Preiserhöhungen in der Sowjetunion und anderen von Revisionisten beherrschten sozialistischen Ländern gültig: Die Teuerung als Dauererscheinung ist ein Wesenszug der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Hält man sich das vor Augen, dann erkennt man auch, daß selbst eine Senkung der Preise auf "Weltmarktniveau" - wenn sie überhaupt möglich wäre, keine dauernde Preisstabilisierung brächte. Denn auch die Weltmarktpreise zeigen - selbst den Gesetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft unterworfen - eine dauernd steigende Tendenz.

Dazu kommt schließlich, daß im Zeitalter des Monopolkapitalismus auch Angebot und Nachfrage ihren preisregelnden Einfluß weitgehend eingebüßt haben. Die Kartelle - wie zum Beispiel unser "Obst- und Gemüsering" - bringen es fertig, auch bei sinkender Nachfrage die Preise zu "halten" oder sogar zu erhöhen. Deshalb sind alle auf den Käuferstreik hinzielenden Argumente (wie der "wohlgemeinte" Ratschlag: "Die Leute sollen halt die teuren Sachen nicht kaufen, dann werden sie schon billiger werden!") wohlüberlegter Betrug, stammen doch solche Ratschläge durchwegs aus Kreisen, die dank ihrer wohl-

gefüllten Brieftaschen selbst auf die Befolgung der eigenen Ratschläge nicht angewiesen sind. Infolge der Kartellisierung haben es die Produzenten, Großhändler und anderen kapitalistischen Elemente in der Hand, die Preise ihrer Waren weitgehend zu diktieren und durch deren systematische Erhöhung ihre Profite zu steigern.

Was aber für alle anderen Waren gilt, gilt auch für die "Ware Arbeitskraft", die eine ganz besondere Ware ist. Denn sie ist zur Erzeugung aller anderen Waren unentbehrlich, es gibt für sie keine Ersatzware. Sie nimmt daher unter allen Waren eine Sonderstellung ein, die es ihren "Verkäufern" - den Arbeitern und Angestellten - ermöglichen würde, den "Preis" dafür, nämlich die Höhe der Löhne und Gehälter, weitgehend selbst zu bestimmen, vorausgesetzt natürlich, daß sich die Arbeiterklasse ihrer Macht bewußt und ebenso gut organisiert ist wie das Kapital.

Dieses Bewußtsein den arbeitenden Menschen zu geben, es zu stärken, die arbeitenden Menschen in der Erkenntnis dieser Macht zu organisieren und sie dazu zu veranlassen, von ihrer Macht Gebrauch zu machen - das ist die Aufgabe einer kommunistischen Partei. Das macht es jeder wirklich kommunistischen Partei zur Pflicht, den betrügerischen Charakter von Schlagworten wie "Preisrückführung", Preissenkung, Käuferstreik usw. offen und schonungslos zu entlarven und dem ganzen Wust von Irreführung und Betrug die einzig richtige, einzig zielführende Parole entgegenzusetzen: KAMPF UM HÖHERE LÖHNE UND GEHÄLTER zur Abgeltung der Teuerung und der Produktivitätssteigerung!

Tut das unsere Parteiführung heute noch? Wohl, sie stellt noch die Forderung nach höheren Löhnen und Gehältern. Aber diese Forderung ist, wie die in der "Volksstimme" veröffentlichten Resolutionen zeigen, mit Zustimmung zu den betrügerischen Forderungen nach "Preisrückführung", Zollsenkungen usw. verquickt!

Während unsere Partei früher richtigerweise die Illusionen, die durch die SP-Opportunisten mit solchen Schlagworten geschaffen wurden, entlarvt und zerschlagen hat, verfolgt sie heute die "Taktik", "an die Illusionen der Arbeiter anzuknüpfen". Das ist genau das Konzept, das von Paul Frischauer vorgeschlagen und vom 18. Parteitag einhellig abgelehnt wurde! Indem die Parteiführung dieses Konzept jetzt übernommen hat, hat sie die Beschlüsse des Parteitags gebrochen.

Was kann uns Kommunisten dieses sogenannte "Anknüpfen an die Illusionen der Massen" bringen? Nichts anderes als den Vorwurf jener, die heute noch an diese Illusionen glauben, morgen aber von ihnen geheilt sein werden, daß auch die Kommunistische Partei sie in diesen Illusionen bestärkt hat, daß wir Kommunisten sie nicht besser beraten haben als die SP-Führer. Nichts anderes als die Einschätzung derjenigen, die in diesen Illusionen befangen bleiben, daß auch die Kommunisten sich zum Standpunkt der SP-Führer bekehrt hätten, daß also die SP von Anfang an recht hatte und die Kommunisten unrecht. Nichts anderes schließlich als ein unverantwortliches Hinauszögern des früher oder später unvermeidlichen Kampfes um höhere Löhne und Gehälter und damit eine Vergrößerung der Reallohnverluste.

Der verschwommene Standpunkt unserer Parteiführung in der Lohn-Preis-Frage führt letzten Endes dazu, daß unsere Partei in den Augen der Arbeiter der SP immer ähnlicher wird, daß der Anreiz für sie immer größer wird, sich mit der Politik der SP-Führer abzufinden und daß es so für die österreichische Arbeiterklasse immer schwieriger wird, ihren Anteil am Nationalprodukt zu behaupten, geschweige denn zu vergrößern. So zeigt sich auch in der Frage des Kampfes gegen die Teuerung, daß der Revisionismus nicht nur den Kampf um das Endziel abzuwürgen droht, sondern daß er auch den Kampf um die Tagesfragen bedeutend erschwert.

Das müssen und werden immer mehr auch die Mitglieder und Funktionäre unserer Partei, unsere Betriebsräte und Gewerkschafter erkennen. Und ob es den SP-Führern und den Revisionisten in unserer Parteiführung gefällt oder nicht, werden sie es ablehnen, an der Irreführung der Arbeiter und Angestellten mitzuwirken, werden sie offen und ehrlich, wie es Kommunisten geziemt, aufrufen zum Kampf um höhere Löhne und Gehälter und diesen Kampf praktisch organisieren.

Offener Brief

AN DEN CHEFREDAKTEUR DER "VOLKSSTIMME"

Lieber Genosse Erwin Scharf!

Am 4. August hat das österreichische Fernsehen aus einem Interview, das ich weder dem Herrn Brantl noch überhaupt dem österreichischen Fernsehen gewährte, sondern ganz jemand anderem, ohne mein Wissen und ohne mein Einverständnis einen von mir nicht autorisierten Auszug gesendet, der dementsprechend aussah. Immerhin war noch zur Not erkennbar, was ich auf die Frage nach meinen Bedenken gegen die Politik Chruschtschows geantwortet hatte: daß sein sogenannter "friedlicher Weg zum Sozialismus" weder zum Frieden noch zum Sozialismus führt! Die amerikanischen Bombenteppiche gegen das sozialistische Vietnam, die eben in dem Moment gelegt wurden, als die Fernsehsendung lief, erbrachten für die Richtigkeit dieser Feststellung einen erschütternden Beweis.

Die "Volksstimme" hat diese Sendung am 6. August - und erneut ein paar Tage später - dennoch zu einem giftigen Ausfall gegen mich benützt, wobei sie mich als einen "Renegaten" vorstellte, der zu "unbedeutend" sei, als daß ihn irgendjemand oder irgendwas "aufwerten" könnte, usw. Ich bin über diese Liebenswürdigkeiten von Leuten, die mich 17 Jahre lang wegen meiner Prinzipienfestigkeit gelobt haben, nicht böse, da es nicht um eine Person, sondern um die Sache geht, derentwegen wir Kommunisten geworden sind.

Was ich aber nicht verstehen kann, ist der Umstand, daß man in der Zeitung, die Du leitest, mit dem Stempel "Renegat" so bedenkenlos

hantiert. Ich erinnere mich noch sehr genau an die Zeit, als Du selber, Genosse Scharf, mit den Führern Deiner damaligen Partei, der SPÖ, in Gegensatz gerietst, weil Du mit dem vorgeblichen Ziel der Partei nicht in Gegensatz geraten wolltest; als Du gewissen Personen die Treue aufgekündigt hast, um der Sache, dem Sozialismus, die Treue halten zu können. Hundertfach haben sie Dich damals und seither mit dem Schmähwort "Renegat" bombardiert - sie, die in Wahrheit Renegaten des Sozialismus waren! Hundertfach haben sie Dich herabzusetzen und zu beleidigen versucht, weil Du die Kraft hattest, Konsequenzen zu ziehen und Taten zu setzen, weil Du k e i n Hampelmann warst!

Hast Du all das vergessen, Genosse Scharf? Wenn nicht, wie wäre es dann möglich, daß heute die von Dir geleitete Zeitung all die Niedrigkeiten, die Dich seinerzeit die "Arbeiter-Zeitung" spüren ließ, mir und anderen Genossen gegenüber nachexerziert, nachkopiert und zu übertreffen sucht?

Im Versuch, persönliche Schmähungen an die Stelle politischer Argumentation zu setzen, wirft die "Volksstimme" auch die Frage auf, wie "bedeutend" meine Person ist. Ich kann dazu nur sagen, daß ich mich selbst nicht für "bedeutend" halte. Aber ist diese Frage für einen Kommunisten überhaupt wesentlich? Gemeinsam mit vielen anderen Genossen habe ich nach dem 20. Parteitag der KPdSU, ja sogar noch nach dem 22. Parteitag gewartet, bis einer der "bedeutenden" Männer in unserer Parteiführung gegen die immer offenkundigere Verwässerung und Verfälschung des Marxismus-Leninismus durch Chruschtschow und seine Gruppe aufstehen, offen reden und mutig handeln würde. Vergeblich! Da sich aber keiner fand, mußten da nicht eben die "unbedeutenden" Kommunisten zu reden und zu handeln beginnen? Spricht das gegen sie?

Schließlich: Die "Volksstimme" hat recht, wenn sie feststellte, daß die von Herrn Brantl zusammengeschneiderte Sendung nicht die Bedürfnisse der Kommunisten im Auge hatte, sondern seine eigenen. Aber galt das nicht auch für den Parteigänger Chruschtschows, der in dieser Sendung zu Wort kam und den die "Volksstimme" merkwürdigerweise übersah? Und wie soll man die eigenartige Entrüstung der "Volksstimme", daß sich zu der Sendung auch "ein Österreicher hergegeben" habe, verstehen? Mißt man in Deiner Zeitung die Österreicher etwa mit anderen Maßstäben als sagen wir Belgier oder Engländer? "Vergiß nie, daß Du ein Deutscher bist!" - hat es einmal geheißen. Die Parole wird um nichts besser, wenn man sie ins Österreichische übersetzt.

Mit Verständnis dafür, daß Du nicht antworten wirst, grüßt Dich

Franz Strobl

FALSCHE FREUNDE

(ZUM 100. JAHRESTAG DER I. INTERNATIONALE)

Am 28. September jährt sich zum hundertstenmal der Tag, an dem in London die "Internationale Arbeiter-Assoziation", die berühmte I. Internationale, gegründet wurde. Es ist nützlich, einen solchen Jahrestag zum Anlaß zu nehmen, um Rückschau zu halten, die historischen Erfahrungen zu sichten, aus der Vergangenheit für die Gegenwart und die Zukunft zu lernen.

Scheinbar tut man das auch im Zentralkomitee der KPÖ. Mit einer Hingabe und Begeisterung, die man ihnen schon nicht mehr zugetraut hätte, haben sich einige "Theoretiker" aufs Feiern der I. Internationale geworfen, lagern Gedenkartikel ab, zitieren alte Dokumente, loben und preisen.

Wie erklärt sich dieser Eifer, dem man heute schon prophezeien kann, daß er sich anläßlich des 50. Jahrestags der Gründung der III. Internationale nicht wiederholen wird? Warum diese flammende Begeisterung zum 100. Gründungstag der I. Internationale, während der 45. Gründungstag der III. Internationale im März heurigen Jahres völlig unbeachtet blieb? Wirklich nur, weil 100 eine so viel "rundere" Zahl ist als 45 ?

Natürlich nicht. Das Geheimnis ist rasch zu lüften. Lesen wir etwa, was das "Tagebuch" 9/64, die kulturpolitische Monatsschrift der KPÖ, aus dem bekannten Buch von Kriwogus und Stezkewitsch über das Programm der I. Internationale (die "Inauguraladresse") zitiert:

"In ihr war von dem radikalen Interessengegensatz zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, von der Errichtung der Herrschaft des Proletariats durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie, das heißt durch die Revolution, wie es im 'Kommunistischen Manifest' offen ausgesprochen wurde, n i c h t d i e R e d e . Das ist verständlich; denn derartige Formulierungen hätten die Vertreter der nichtmarxistischen Richtungen in der Arbeiterbewegung nicht akzeptiert."

Ist es ein Wunder, daß gerade dieser Umstand die Inauguraladresse heute nicht nur den rechten SP-Führern, sondern auch der Gruppe um Chruschtschow viel sympathischer macht als das "Kommunistische Manifest" oder gar die Marx'sche "Kritik des Gothaer Programms", die schon die Lehre von der "revolutionären Diktatur des Proletariats" enthält?

Der Chefrevisionist von "Weg und Ziel" hat in deren Septembernummer in einer Vorrede zum Abdruck der Inauguraladresse bereits begonnen, Parallelen für heute zu ziehen und wird diese in seiner Wiener-Neustädter Festrede sicherlich ausbauen. Er beweist damit erneut, wie prächtig sich der moderne Revisionismus mit dogmatischen Vergleichen kombinieren läßt, die auf sämtlichen Beinen hinken.

Die I. Internationale, ihre Statuten und ihre politische Grundsatzerklärung, entsprachen der Situation der internationalen Arbeiterbewegung im Jahre 1864, deren Hauptkennzeichen das F e h l e n marxistischer Arbeiterparteien war. Der wissenschaftliche Sozialismus, nicht lange

vorher erarbeitet, existierte erst neben und außerhalb der Arbeiterbewegung. Die I. Internationale hatte die historische Aufgabe, die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung auf internationaler Basis erst einmal herzustellen. Es liegt auf der Hand, daß man die Erfüllung dieser Aufgabe nicht mit der Annahme eines auf dem Niveau des "Kommunistischen Manifests" stehenden Programms beginnen, sondern bestenfalls damit beenden konnte. In der 1888 geschriebenen Vorrede zur englischen Ausgabe des Manifests sagt Friedrich Engels diesbezüglich:

"Die Internationale mußte ein Programm haben, breit genug, um für die englischen Trade-Unions, für die französischen, belgischen, italienischen und spanischen Anhänger Proudhons und für die Lassalleaner in Deutschland annehmbar zu sein. Marx, der dieses Programm zur Zufriedenheit aller Parteien verfaßte, hatte volles Vertrauen zur intellektuellen Entwicklung der Arbeiterklasse, einer Entwicklung, die sich aus der Verbindung von Aktion und Diskussion notwendig ergeben mußte. Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Siege, konnten nicht verfehlen, den Menschen die Unzulänglichkeit ihrer diversen Lieblings-Quacksalbereien zum Bewußtsein zu bringen und den Weg zu vollkommenerer Einsicht in die wirklichen Voraussetzungen der Emanzipation der Arbeiterklasse zu bahnen. Und Marx hatte recht. Als im Jahre 1874 die Internationale zerfiel, ließ sie die Arbeiter schon in einem ganz anderen Zustand zurück, als sie sie bei ihrer Gründung im Jahre 1864 vorgefunden hatte...Auf diese Weise trat das 'Manifest' selbst wieder in den Vordergrund."

Diese historische Besonderheit und Einmaligkeit der I. Internationale und ihrer Dokumente zu übersehen und sie in einer Zeit als aktuell zu feiern, wo es um die Erhaltung und Verteidigung des Schatzes an revolutionärer, marxistischer Erkenntnis geht, die drei Internationalen in die internationale Arbeiterbewegung getragen haben - das heißt wahrlich, die Arbeiterbewegung um hundert Jahre zurückzerren zu wollen.

F. St.

GENOSSE, DEINE ZEITUNG BRAUCHT GELD!

Nach unserer großen Geldsammlung zur technischen Verbesserung der "Roten Fahne" konnten wir mit Freude berichten, daß das Ergebnis unsere Hoffnungen nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen hatte. Im großen und ganzen konnten wir mehr und schneller investieren als wir angenommen hatten. Das danken wir unseren Freunden und Helfern.

Doch noch rascher als unsere finanzielle Kraft haben auch die Anforderungen zugenommen, die an die "Rote Fahne" gestellt werden. Die Auflage der Zeitung, aber auch der Umfang ihrer Einzelnummern, liegt bereits wesentlich über dem zunächst gesteckten Ziel. Wir wollen diese Entwicklung nicht abreißen lassen, Genossen. Deswegen bitten wir Euch, nicht auf die finanzielle Unterstützung Eurer Zeitung zu vergessen. Helft der "Roten Fahne", damit sie Euch noch besser helfen kann!

Auf Besuch in zwei Volkskommunen

Von Betriebsrat Alfred JOCHA, Wien

Unter den vielen Dingen, die uns - sechs österreichische Kommunisten, die im Mai des Jahres das sozialistische China besuchten - besonders interessierten, spielten begreiflicherweise die Volkskommunen eine hervorragende Rolle. Wird doch von einigen Leuten behauptet, daß das "Experiment der Volkskommunen", wie sie es nennen, "gescheitert" sei, was mit ein Grund für die angeblich "abenteuerliche" Politik der chinesischen Genossen sein soll.

Um es gleich vorwegzunehmen: wir haben uns davon überzeugt, wie falsch und völlig aus der Luft gegriffen alle solchen Behauptungen sind. Die Volkskommunen leben, sie entwickeln sich immer besser und schaffen erfolgreich die Grundlagen für die gute Versorgung der Bevölkerung mit allem, was sie für den täglichen Bedarf braucht. Wir haben es mit eigenen Augen gesehen.

Wir haben uns zwei Kommunen näher angesehen, eine in der Umgebung von Peking und eine in der Nähe von Shanghai. Das erste, was uns diese Besuche lehrten, war die Tatsache, daß wir von den Volkskommunen viele unrichtige Vorstellungen gehabt hatten. Das entscheidende Kennzeichen einer Volkskommune ist nämlich durchaus nicht, daß sie (was in Einzelfällen als Übergangsmaßnahme im Kampf gegen Hunger und Naturkatastrophen geschah) kommunistische Formen der Güterversorgung anwendet, wozu die Voraussetzungen noch lange nicht reif sind, sondern daß sie in einigen wichtigen Beziehungen über die Organisationsform der landwirtschaftlichen Kolchose hinausgehen.

Erstens in bezug auf die Größe: Die chinesischen Bauern erkannten, daß die großen Aufgaben, vor denen sie standen, nur durch Zusammenfassung ihrer Hilfsmittel und Kräfte in größeren Einheiten als der Kolchose erfüllt werden konnten. Wie wir erfuhren, befanden sich Ende 1957 die meisten der 500 Millionen Bauern Chinas in 740.000 Produktionsgenossenschaften, die Kooperativen genannt wurden. Eine Kooperative umfaßte im Durchschnitt 160 Familien. Für die Durchführung so wichtiger Arbeiten wie Dammbauten, Errichtung von Bewässerungsanlagen, Pumpstationen, Anlage von Straßen usw. war diese Einheit zu klein. Die Kooperativen begannen sich daher zusammenzuschließen. Bis Ende 1958 waren so ungefähr 75.000 bis 80.000 neue Einheiten entstanden, die "Volkskommunen".

Eine zweite Eigenheit der Volkskommune ist, daß sie nicht nur die landwirtschaftliche Produktion organisiert, sondern auch die örtliche Industrie, Handel, Erziehung und Landesverteidigung (Volksmiliz) einschließt. In einigen Fällen gab das Anlaß zu einer Orientierung auf die Schaffung einer möglichst allseitigen örtlichen Industrie, zu der oft die Voraussetzungen fehlten. Diese Übertreibungen wurden inzwischen überwunden und die örtliche Industrie den bestehenden Voraussetzungen angepaßt. Besonderes Augenmerk schenkt man jetzt den Unternehmungen, die mit der Landwirtschaft verbunden sind, wie Viehzucht, Garten- und Waldwirtschaft, Erzeugung einfacher landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen, Errichtung von Mühlen, Zuckerraffinerien, der Kunstdüngererzeugung, dem landwirtschaftlichen Transportwesen, der Erzeugung von Speiseöl usw.

Drittens sind in der Volkskommune Produktion und Regierungsgewalt vereinigt. Die Kommune ist gleichzeitig die höchste Stufe der landwirtschaftlichen Produktion und die niedrigste der Staatsmacht. Eine solche Vereinigung war notwendig, um die notwendigen Arbeiten beim Bau von Bewässerungseinrichtungen, Straßen usw. ohne bürokratische Umwege rasch

durchführen zu können und die örtliche Initiative mit öffentlicher Autorität auszustatten. Darüber hinaus ist es ein ausgezeichnetes Mittel, die praktische Regierungsgewalt unmittelbar in die Hände der Werktätigen zu legen.

Schon aus dieser knappen Beschreibung ergibt sich, daß die Volkskommunen eine Form darstellen, die sich aus den Bedingungen und Anforderungen des sozialistischen Aufbaus in der Praxis ergab, sodaß es die chinesischen Bauern selbst waren, die zur Bildung und Entwicklung der Volkskommunen schritten. Es war eine Massenbewegung, die die KP Chinas wohl zusammenfaßte und förderte, aber den Bauern nicht aufzwang. Es war in diesem Zusammenhang für uns sehr interessant zu erfahren, daß der erste Parteibeschluß über die Volkskommunen erst gefaßt wurde, als bereits 30 Prozent der chinesischen Bauern Kommunen gebildet hatten.

Wie sieht nun eine Kommune praktisch aus?

Die Volkskommune in der Umgebung von Peking umfaßt zirka 28.000 Personen aus rund 6.500 Familien, darunter sind ungefähr 11.000 Arbeiter. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Kommune beläuft sich auf 2.900 Hektar. Den Großteil dieser Fläche bilden sogenannte Wasserfelder, auf denen Gemüse gebaut wird (Nähe Pekings!). Daneben wird Getreide und Ölfrucht gebaut. Die Kommune verfügt über eigene Betriebe zur Erzeugung und Reparatur landwirtschaftlicher Geräte, einen chemischen Betrieb zur Erzeugung von Kunstdünger, einen Holzverarbeitungsbetrieb, Ziegeleien, eine Sattlerei, eine große Schweinemästerei u.a.

Wie die meisten anderen wurde diese Kommune 1958 gegründet. Und wie bewährte sie sich? Stolz erzählten uns die Kommunebauern, was sie seither vollständig aus eigenen Mitteln geschaffen haben: über 200 Kilometer Entwässerungsgräben, Bewässerungsanlagen für 2.500 Hektar Gemüsefelder (eben die "Wasserfelder"), wozu die Anschaffung von 600 elektrischen Wasserpumpen und das Ausheben von 180 Tiefbrunnen notwendig war, ferner 60 Kilometer Straßen und 40 Brükken. Da die Volkskommune auf ihrem Territorium sämtliche Belange selbständig verwaltet, hat sie auch für Bildung zu sorgen. Sie hat 29 Volks- und 9 Mittelschulen errichtet. 99 Prozent aller Kommunemitglieder haben jetzt bereits Volksschulbildung. 2.700 Schüler besuchen die Mittelschulen. Gebaut wurden schließlich noch vier Sanitätsstationen und insgesamt 11.000 Wohnräume.



Das Bewässern der Felder

Und wie steht es mit der Produktion? Auch diesbezüglich können sich die Erfolgsziffern sehen lassen: die Gemüseerzeugung wurde in fünf Jahren verdoppelt, der Hektarertrag bei Getreide stieg von 1200 auf 2250 Kilogramm an. Dementsprechend erhöhte sich auch das Einkommen der Kommunemitglieder von 6,4 auf 9,7 Millionen Yüan. Zu diesem Betrag kommt allerdings noch das, was die Kommunebauern aus ihrer individuellen Wirt-

schaft gewinnen, für die etwa 7 Prozent des Bodens zur Verfügung stehen.

Ähnliche Verhältnisse fanden wir in der Volkskommune in der Nähe von Shanghai vor. Diese Kommune (rund 20.000 Mitglieder aus 4.700 Familien, etwa 10.000 Arbeitskräfte, 1.750 Hektar Boden) verfügt über Reparaturwerkstätten verschiedener Art, über einen Schiffbau, Spinnereien, Mühlen, Sägewerke sowie ebenfalls über einen Betrieb zur Erzeugung von Kunstdünger. Hauptsächlich wird Getreidebau betrieben, sehenswert ist aber auch die Schweinezucht (110 Prozent Steigerung seit 1957) und die Fischzucht (330 Prozent Steigerung). Besondere Erfolge verzeichnen die Kommunebauern hier bei Baumwolle, Getreide und Reis. Wie intensiv sie den Boden bewirtschaften, geht daraus hervor, daß sie auf manchen Flächen vier Ernten in einem Jahr erzielen.

Eine wichtige Aufgabe der Volkskommune ist die soziale Fürsorge. Für die alten Menschen gewährleistet sie die sogenannten "fünf Garantien", nämlich Nahrung, Wohnung, ärztliche Betreuung, Kleidung und Begräbnis. Sie gibt Beihilfen für kinderreiche Familien, bei Ableistung des Militärdienstes, sorgt für Kranke, werdende Mütter usw. Den Kindern stehen gut ausgestattete Kindergärten zur Verfügung.



Das Wanderkino ist gekommen

Die von uns besichtigten Volkskommunen weisen ein reges kulturelles Leben auf. Die Ensembles der überaus beliebten Dialektopern, Wanderkinos und Wanderbibliotheken kommen in kurzen Abständen.

Allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz leben und gedeihen die Volkskommunen. Das bedeutet aber aber auch, daß sie manche ihrer anfänglichen Schwächen überwunden haben und sich weiterentwickeln. Eine solche Entwicklung ist z.Bsp. auf dem Gebiet des Verrechnungswesens erfolgt. Das Produktionsteam, das durchschnittlich 20 bis 40 Haushalte zählt, ist jetzt auch die Verrechnungseinheit. Das hat den Vorteil, daß sich die Verantwortung für Produktion und Verteilung auf das natürliche Dorf konzentriert, während die Kommune koordiniert, anleitet und sich um zurückbleibende Teams kümmert. Eine solche Organisationsform, die dem Dorf jenen Platz einräumt, der ihm innerhalb der Kommune gebührt, als "Liquidierung der Kommunen" auszulegen, ist Unsinn.

Freilich sind noch viele Probleme zu lösen. Das technische Niveau ist noch sehr niedrig, die Werkzeuge und Hilfsmittel primitiv. Doch allein die Tatsache, daß die Bewässerungsprobleme heute schon weitgehend gelöst sind, kommt einer Umwälzung von größtem Ausmaß gleich.

Wir haben uns nicht eingebildet, daß die Mechanisierung einer so rückständigen Landwirtschaft, wie es die chinesische war, in kurzer Zeit erfolgen könnte. Umsomehr hat uns das tatsächliche Tempo dieser Entwicklung erstaunt. Die Volkskommunen bewähren sich in ihr als die Organisationsform, mit deren Hilfe die großen noch bestehenden Aufgaben in kürzestmöglicher Frist erfüllt werden können.

IST DAS SOZIALISMUS ?

(ZUR LAGE IN TITO-JUGOSLAWIEN)

Am 2. Juli d.J. erschien in der "Volksstimme" unter dem schreierischen Titel "Der Sozialismus in Jugoslawien" der eine ganze Zeitungsseite ausfüllende "Bericht" einer Delegation des ZK der KPÖ nach Jugoslawien, bestehend aus Friedl Fürnberg, Franz Muhri, Willi Gaisch und Hans Kalt.- So als ob es nie eine Erklärung aller 81 kommunistischen Parteien einschließlich der österreichischen gegeben hätte, in der wörtlich "die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus" als "konzentrierter Ausdruck der 'Theorien' der modernen Revisionisten einmütig verurteilt" wurde! So als ob es niemals die Feststellung dieses gleichen kollektiven Forums der internationalen kommunistischen Bewegung gegeben hätte, daß die Führer des sogenannten "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" den "Marxismus-Leninismus verrieten", "ihn für veraltet erklärten" und den Beschlüssen der kommunistischen Parteien von 1957 "ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt" haben! So als ob niemals von 81 kommunistischen Parteien einschließlich der KPÖ angeprangert worden wäre, daß die Tito-Leute "den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampfe erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht"! Als ob niemals das vernichtende Urteil des höchsten Forums der kommunistischen Weltbewegung gefällt worden wäre: "Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Staaten und Kräfte Abbruch tut"! Als ob von diesem Forum niemals der verpflichtende Beschluß gefaßt worden wäre: "Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der kommunistischen Parteien"!

Eine einmütige und vollständige Verurteilung der Verratspolitik der Führer des sogenannten "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens", die von der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung beschlossen und auch von den Vertretern des ZK der KPÖ unterschrieben wurde? Nie davon gehört, sagen heute Fürnberg und seine Freunde, indem sie in ihrem sogenannten "Bericht" einer österreichischen Parteidelegation nach Jugoslawien einfach stillschweigend über dieses Dokument hinweggehen, das jedoch unverändert weiter gilt, da es durch keine internationale kommunistische Konferenz aufgehoben oder widerrufen worden ist.

Wir stehen vor der unbestreitbaren Tatsache des hemmungslosen Bruchs eines feierlich beschworenen internationalen Beschlusses: Statt die Führer der jugoslawischen Revisionisten zu entlarven, ihre Wühlarbeit auf-

zudecken und zu bekämpfen, die kommunistische und Arbeiterbewegung gegen die antimarxistischen und antileninistischen "Theorien" der Tito-Gruppe abzuschirmen, fuhren die Führer unserer Partei nach Jugoslawien, um danach mit "Berichten" aufzuwarten, die die Tito-Leute reinwaschen, ihre zahllosen Verbrechen entschuldigen, den österreichischen Kommunisten Sand in die Augen streuen, den Feind als Freund hinstellen, die Idee des Sozialismus diskreditieren. Die von der Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen Parteien im Jahre 1960 so eindringlich verurteilte Wühl- und Zersetzungstätigkeit der jugoslawischen Revisionisten hat somit auch die Unterstützung und aktive Mithilfe maßgeblicher Führer der KPÖ gefunden.

Erinnern wir uns doch daran, daß in der Geschichte unseres Landes schon einmal mit dem Wort Sozialismus grausam Schindluder getrieben worden ist, daß in der Zeit, als Österreich unter die Herrschaft des deutschen Faschismus geriet, dies auch unter dem Namen eines angeblichen "Sozialismus" - damals des "Nationalsozialismus" - geschah. Die Ausbeuterklassen, die ihre Herrschaft über die Völker mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten trachten, bedienen sich schon seit eh und je (und heute noch mehr als früher) solcher und ähnlicher Tricks. Indem sie eine nur in der Form etwas abgewandelte Herrschaft der ausbeutenden Klassen von geschickten Demagogen als "Sozialismus" ausschreien lassen, versuchen sie das Volk irrezuführen und es vom tatsächlichen Kampf um den Sozialismus abzuhalten. Das war der Trick Hitlers und Goebbels. Das ist auch der Trick der jugoslawischen Revisionisten unter Führung Titos. Und mit Hilfe dieses Tricks versuchen nun auch chruschtschowhörige Führer unserer Partei, die österreichischen Kommunisten auf Abwege zu führen und so zu verwirren, daß sie nicht mehr unterscheiden können, wer Freund und wer Feind ist, ja den Feind für den Freund und den Freund für den Feind halten sollen. Nur einem solchen Zweck kann das dienen, was der "Bericht" der KPÖ-Delegation nach Tito-Jugoslawien weismachen will.

★

Soweit das im Rahmen <u>eines</u> Artikels möglich ist, soll hier auf einige wichtige Fragen, die im "Bericht" der Delegation aufgerollt und unsachlich und entstellt beantwortet werden, eingegangen werden.

Es heißt im "Bericht": "Die jugoslawischen Kommunisten sind aktive Vorkämpfer der <u>friedlichen Koexistenz</u>". Da hier nicht irgendwelche einfache jugoslawische Genossen gemeint sind, die als ehrliche Kommunisten in Titos Gefängnissen sitzen, sondern ihre Kerkermeister, fragen wir: Ist die Hilfe, die Tito im Jahre 1949 den <u>griechischen</u> Reaktionären bei der Niederschlagung der Revolution gegeben hat (er sperrte am 10. Juli 1949 die jugoslawische Grenze gegen die griechischen Volkspartisanen und gestattete gleichzeitig den Truppen der faschistischen Regierung Griechenlands freien Durchzug durch jugoslawisches Territorium, um die griechischen Revolutionäre aus dem Hinterhalt anzugreifen), oder ist die Hilfe, die Tito während der <u>ungarischen</u> Konterrevolution dem Verräter Nagy und anderen Verrätern erwiesen hat (er gewährte am 3. November 1956 dem später von den ungarischen Gerichten wegen seiner konterrevolutionären Tätigkeit hingerichteten Nagy Asyl

in der jugoslawischen Botschaft in Budapest und bezeichnete in einer Rede am 11.November 1956 den von ihm unterstützten konterrevolutionären Aufstand als "Widerstand der fortschrittlichen Kräfte"),oder war seine den mit der UNO-Flagge getarnten US-Imperialisten im Kongo erteilte Hilfe (Tito stimmte im Jahre 1960 nicht nur für die Unterdrückungsaktionen der UNO gegen kongolesische Patrioten, sondern entsandte auch Luftwaffenpersonal zur direkten Teilnahme an ihrer blutigen Unterdrückung) - waren alle diese und viele andere Maßnahmen der Tito und Rankowitsch etwa Maßnahmen der "friedlichen Koexistenz", für die man sie uneingeschränkt beloben müsse? Haben sich die Titoleute von diesen Verbrechen jemals auch nur mit einem Wort distanziert?

Über die Planung in der jugoslawischen Wirtschaft heißt es im "Bericht": "Das Plansystem ist kompliziert...Gesellschaftspläne werden gemacht von den Föderationen, von den Republiken und Gemeinden. Alle diese Planungsorgane sind gleichberechtigt. Der Föderationsplan legt keine Produktionsquoten fest...Gelenkt wird die Wirtschaft mit ökonomischen Mitteln." Und das sollen, wie uns Delegationsmitglied Gaisch belehren möchte, Zeichen einer sozialistischen Wirtschaft sein? Sind alle diese aufgezählten Merkmale - einschließlich der "weitgehenden" Lenkung der Investitionen und der Kreditpolitik durch den Staat - nicht gerade die typischen Merkmale einer in den entscheidenden Gesichtspunkten planlosen, anarchischen Wirtschaft, eben der kapitalistischen bzw.der staatskapitalistischen Wirtschaft? Es gibt keinen umfassenden zentralen Wirtschaftsplan des Staates, die Wirtschaft wird mit "ökonomischen Mitteln" gelenkt - genau das, was für die kapitalistische Wirtschaft typisch ist: nicht die Gesellschaft (wie das im Sozialismus der Fall ist) plant die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft wird durch die sich selbst durchsetzenden Wirtschaftsgesetze, durch den "freien Wettbewerb" der Einzelbetriebe auf dem "freien", d.h. anarchischen Markt gelenkt. Es herrschen die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, die Wirtschaft ist im Grunde anarchisch. "Lenkung" durch die "ökonomischen Mittel" bedeutet in Wahrheit, daß die Wirtschaft garnicht gelenkt ist, sondern sich letzten Endes spontan nach den Gesetzen der Konkurrenz, des Angebotes und der Nachfrage usw. regelt. Die "Berichterstatter" wollten Argumente dafür finden, daß es in Jugoslawien Sozialismus gebe, aber ungewollt haben sie gerade das Gegenteil bestätigt.

Da die Propagandisten der Tito-Wirtschaft die Fragwürdigkeit ihrer Position offenbar spüren, haben sie am 12.Juli einen weiteren großen Artikel veröffentlicht, der sich ausschließlich mit der "sozialistischen Wirtschaftsplanung" Jugoslawiens befaßt, haben sich damit aber noch tiefer ins Fettnäpfchen gesetzt. Wie nämlich Gaisch hier schreibt, besteht die sogenannte "zentrale Planung" in Jugoslawien lediglich aus einem Rahmenplan, wie wir ihn heute schon in vielen kapitalistischen Ländern finden. Da bei einem solchen Rahmenplan das System der freien Konkurrenz (wie das Gaisch für Jugoslawien ausdrücklich zugibt) weiter fortbesteht, handelt es sich offenbar um eine kapitalistische "Wirtschaftsplanung", nicht aber um sozialistische Planwirtschaft. Oder will Gaisch etwa die verschiedenen Fünfjahrespläne Indiens, die Wirtschaftspläne Ägyptens und gar auch die diversen "Wirtschaftspläne" hochentwickelter kapitalistischer Länder als Sozialismus bezeichnen?

(Fortsetzung auf Seite 20)

Ist das alles v

BILDER AUS DEN TAGEN D
KONTERREVOLUTION 1956,
KOWITSCH VORBEREITEN U
HALFEN UND DEREN DRAH
NACH POLITISCHES ASYL

Ein an den Füßen aufgehängter Kommunist wird zu Tode getreten

Der Kommunist Jozsef Vaszil - sie mißhandelten ihn noch, als er schon tot war

Der eine war Kommu
hatte bloß gegen die M



ergessen?

ER UNGARISCHEN
DIE TITO UND RAN-
ND DURCHFÜHREN
TZIEHERN SIE DA-
GEWÄHRTEN



Ermordet, weil er die Uniform des ungarischen Sicherheitsdienstes trug

st, der andere
rde protestiert





Ermordet, weil sie die ungarische Arbeitermacht verteidigten. Die österreichische Presse, die dieses Bild veröffentlichte, begeisterte sich an dieser Demonstration westlicher Demokratie und Freiheit

Im "Bericht" heißt es weiter: "Die Arbeiterselbstverwaltung, die in Jugoslawien konsequent an allen Betriebs- und Arbeitsstätten durchgeführt wird, muß daher auch als ein Teil, ein sehr wichtiger Teil, der Entwicklung der sozialistischen Demokratie überhaupt betrachtet werden." Und wiederum das Gleiche: Was hier als Merkmal einer sozialistischen Entwicklung gerühmt wird, ist in Wahrheit das Merkmal einer nichtsozialistischen Gesellschaft, die ihren ausbeuterischen Charakter mit demagogischen Mätzchen bemäntelt. L e n i n sagte zu der schon seinerzeit von Antimarxisten erhobenen Forderung nach "Übergabe der Fabriken an die Produzenten", damit sie "direkt die Produktion organisieren" könnten:

"Jede direkte oder indirekte Legalisierung des Besitztums der Arbeiter einzelner Betriebe oder Branchen an ihrer Produktion...bedeutet die größte Verdrehung der grundlegenden Prinzipien der Sowjetmacht und das völlige Aufgeben des Sozialismus."

Auch an vielen anderen Stellen machte Lenin restlos klar, daß die sogenannte "Arbeiterselbstverwaltung" mit Sozialismus nicht das geringste zu tun hat und daß sie den Arbeitern in Wirklichkeit keine Selbstverwaltung gibt, sondern bloß ein Betrugsmanöver ist.

Wie liegen denn die Dinge wirklich? Während die Tito-Gruppe behauptet, daß mit der Einführung der "Arbeiterselbstverwaltung" das Staatseigentum an den Betrieben in eine angeblich "höhere" Form sozialistischen Eigentums, in "öffentliches Eigentum", übergeführt worden sei, sind die Tatsachen in Jugoslawien wie folgt: Die Funktionen der Lenkung der Produktion und der Verteilung der sozialen Produkte befinden sich völlig in den Händen der Manager der Unternehmen. Dem Namen nach werden diese Manager zwar von den "Arbeiterräten" der Unternehmen bestimmt, aber sie können nur mit Zustimmung der örtlichen Regierungsbehörde eingesetzt werden. Die Betriebe der sogenannten "Arbeiterselbstverwaltung" befinden sich somit faktisch in den Händen vom Staate eingesetzter Manager, die folgende gesetzliche Rechte haben:

1. Der Manager hat das Recht, die Durchführung eines Beschlusses des "Arbeiterrates" zu verweigern.
2. Wenn ein "Arbeiterrat" die Entfernung eines Managers verlangt und die örtliche Behörde dagegen ist, erfolgt eine Neuwahl - des "Arbeiterrats".
3. Der Manager kann nach seinem Ermessen Arbeiter bestrafen oder entlassen, ebenso auch Sekretäre des BdKJ und Mitglieder des "Arbeiterrates" seines Betriebes!

Damit ist der Manager in Jugoslawien oberster Despot im Unternehmen. Was den faktischen Einfluß der "Arbeiterräte" anlangt, so ist er kaum größer als etwa jener der Betriebsräte oder der Gewerkschaftsvertreter in den kapitalistischen Ländern, der "Arbeiterrat" genießt aber nicht einmal einen wirklichen Kündigungsschutz, was gerade in einem Land mit so großer und wachsender Arbeitslosigkeit wie Jugoslawien eine schwerwiegende Abhängigkeit vom Wohlwollen des Managers bedeutet. Nimmt doch die Zahl der Arbeiterentlassungen in Jugoslawien von Jahr zu Jahr zu: 1960, 1961 und 1962 betrug sie jeweils 294.000,

347.000 und 375.000. Die Manager stellen im heutigen Jugoslawien eine neue privilegierte Bevölkerungsschichte dar, deren Einkommen ein Vielfaches der Arbeiter beträgt, deren soziale Stellung der Stellung von Ausbeutern entspricht, die in den Betrieben fast unumschränkte Herren sind und obendrein die lokalen Behörden hinter sich haben. Diese privilegierte Stellung ist keineswegs eine vorübergehend auftretende Erscheinung, die sich allmählich verliert, sondern eine direkte Folge der <u>Degeneration</u> der früher sozialistischen Wirtschaft Jugoslawiens in eine kapitalistische Wirtschaft, die täglich <u>stärker</u> zur Geltung kommt. Das Verhältnis von Betriebsleitern und Arbeitern, das in der ursprünglich sozialistischen Wirtschaft Jugoslawiens auf Zusammenarbeit und gemeinsamen Interessen beruhte, hat sich seit der Einführung der "Arbeiterselbstverwaltung" schrittweise in ein Verhältnis von Ausbeutern und Ausgebeuteten verwandelt, da die einzelnen Betriebe Hand in Hand damit voneinander unabhängige Einheiten wurden, deren entscheidende Triebkraft der Profit ist und die sich mit gegenseitigem Konkurrenzkampf und mit Spekulation befassen.

Während es für den sozialistischen Staat charakteristisch ist, daß er das Recht auf Arbeit nicht nur verspricht, sondern es durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit auch verwirklicht, besteht in dem von unserer Parteiführung als "sozialistisch" hingestellten Tito-Jugoslawien eine <u>chronische und ständig anwachsende Arbeitslosigkeit</u>. Die entsprechenden Ziffern für die Jahre 1953 bis 1963 sind nebenstehender Graphik zu entnehmen. Im Jänner 1964 gab es allein in Serbien 114.000 Arbeitslose, von denen mehr als 40 Prozent unter 25 Jahre alt waren. SEIT 1961 IST DIE PROZENTZAHL DER ARBEITSLOSEN IN JUGOSLAWIEN GRÖSSER ALS IN DEN USA! - Das wachsende Heer der Arbeitslosen rekrutiert sich vor allem aus zwei Quellen: durch

DIE ZUNAHME DER ARBEITSLOSIGKEIT IN JUGOSLAWIEN

Jahr	Arbeitslose
1953:	81.600
1954:	76.200
1955:	67.200
1956:	99.300
1957:	115.900
1958:	132.000
1959:	161.600
1960:	159.200
1961:	191.300
1962:	236.400
1963:	339.000

<u>UND DAS SOLL SOZIALISMUS SEIN ?</u>

den ständigen Prozeß der Polarisierung auf dem Lande verlieren viele arme Bauern ihren Boden und sind gezwungen, in die Stadt auf Arbeitssuche zu gehen; andererseits kommt es durch den Konkurrenzkampf der einzelnen Betriebe in den Städten zum Zusammenbruch und zur Schließung von jährlich hunderten Unternehmungen, deren Arbeiter dann der Arbeitslosigkeit verfallen. Die Arbeitslosigkeit und die Auswanderung beschäftigungsloser Arbeiter (siehe auch unsere Rubrik "Internationale Rundschau") sind typische Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft. Die Existenz einer an Zahl wachsenden industriellen Reservearmee setzt die Manager in den jugoslawischen Betrieben in die Lage, einen zunehmenden Druck auf die Arbeiter auszuüben und "ungeeignete" Arbeiter nach Belieben zu entlassen.

Diese Zustände wirken sich auch auf die Arbeitsbedingungen in Jugoslawien aus - infolge der Vernachlässigung von Arbeitssicherheitsmaßnahmen und von Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter befindet sich Jugoslawien heute dem Prozentsatz der Arbeitsunfälle nach an der Spitze der internationalen Statistik!

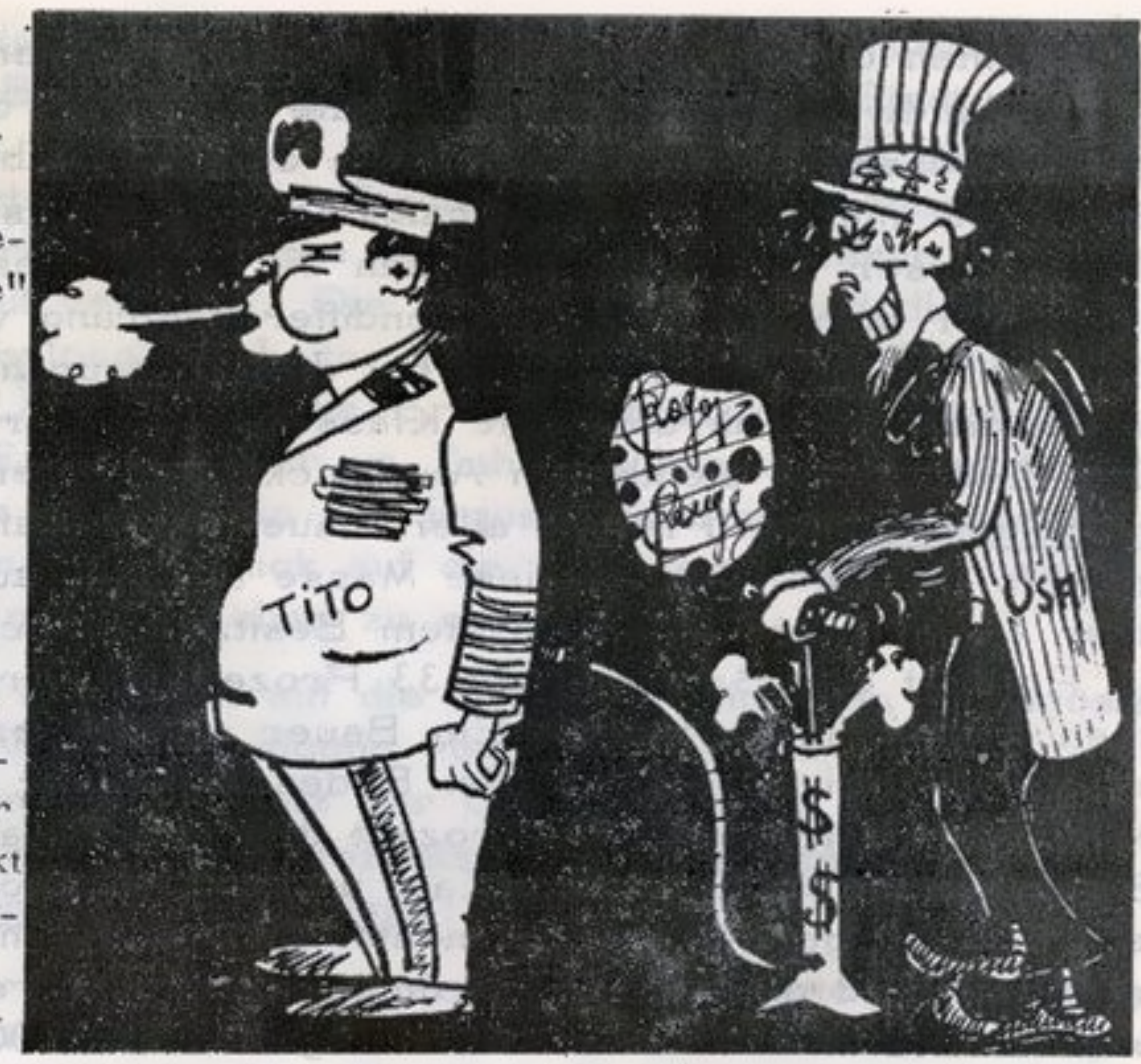
Das Realeinkommen der jugoslawischen Arbeiter ist infolge der ständig steigenden Preise in dauerndem Absinken. Während nach offiziellen Berechnungen 20.000 Dinar Monatslohn das Existenzminimum darstellen, erhielten im Februar 1963 laut Statistik 20,9 Prozent aller Arbeiter weniger als 15.000 Dinar und weitere 25,1 Prozent der Arbeiter nur 15.000 bis 20.000 Dinar Monatslohn. In einer im Februar 1964 von der Belgrader Zeitung "Rad" durchgeführten Untersuchung der Lebensverhältnisse von 150 typischen Arbeiterfamilien ergab sich, daß es mehr als der Hälfte der Arbeiter schlechter ging als in den Jahren vorher und daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiter aufgebracht sind über die Teuerung insbesondere auf dem Lebensmittelsektor. Im Durchschnitt standen die Preise im Detailhandel Anfang 1964 um 28 Prozent über den Preisen von 1959; im Juli d.J. wurden laut offiziellen Berichten die Preise für Mehl, Fleisch, Milch und Zucker um weitere 20 Prozent erhöht.

Über die Lage in der Landwirtschaft Jugoslawiens heißt es in dem "Bericht" der österreichischen Parteidelegation, daß "die Entwicklung des gesellschaftlichen Sektors unter den spezifischen Bedingungen des Landes in origineller Weise vor sich" gehe. Das ist originell ausgedrückt. Weiter heißt es: "Die Einzelbauern gehen immer mehr in die Kooperationen...So eröffnet sich für die gesamte jugoslawische Landwirtschaft eine sozialistische Perspektive." Hier muß man zwischen den Zeilen lesen können, denn der letzte Satz besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Landwirtschaft des angeblich "sozialistischen" Jugoslawien gegenwärtig nicht sozialistisch ist, sich ihr aber allmählich eine "sozialistische Perspektive" eröffne. Leider stimmt nur der erste Teil dieser Aussage. Denn wie wird es denn in Zukunft sein, wo bleibt die "sozialistische Perspektive", wenn in Jugoslawien seit 1951 der Weg der Kollektivisierung der Landwirtschaft offiziell aufgegeben wurde? 1950 gab es noch 6.900 Kollektivwirtschaften, 1953 waren es 1.200 und 1960 nur mehr 147! Seit 1953 wurden verschiedene Gesetze erlassen, die den freien Handel mit Grund und Boden und das

Verpachten und Pachten von Land in den Dörfern zulassen, die Aufnahme landwirtschaftlicher Hilfskräfte erlauben, den planmäßigen Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte durch den Staat abschaffen und den freien Handel mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen einführen. Im Ergebnis dieser Politik überwältigten die Kräfte des Kapitalismus die Dörfer immer mehr und die Klassendifferenzierung wurde immer schärfer. Das war ein wichtiger Faktor bei der Restauration des Kapitalismus durch die Tito-Führung. Die Klassendifferenzierung im jugoslawischen Dorf findet ihren sichtbaren Ausdruck in den veränderten Bodenbesitzverhältnissen: 70 Prozent aller Bauernwirtschaften besaßen 1959 weniger als 5 Hektar Land; diese Masse armer Bauern verfügte damit nur über 43 Prozent des in privatem Besitz befindlichen Bodens, während 13 Prozent der Bauern über 33 Prozent der privaten landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten. Ein Bauer aus dieser Gruppe besitzt somit im Durchschnitt viermal soviel Boden wie einer aus der ersten Kategorie. Bei jährlich etwa 10 Prozent der Bauernhaushalte ergaben sich Besitzveränderungen durch Kauf und Verkauf von Boden. Diese Zahlen widerspiegeln klar die zunehmende Bodenkonzentration auf der einen Seite und die Pauperisierung auf der anderen. In der Provinz Vojvodin haben 55 Prozent der insgesamt 308.000 Bauernhöfe keine Zugtiere und bei 40,7 Prozent aller Bauernhöfe (die nur weniger als 2 Hektar Land haben) kommt im Durchschnitt auf je 20 Wirtschaften e i n Pflug! Zahllose arme Bauern sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Beschäftigung von Lohnarbeitern in den sogenannten Genossenschaften, die fälschlich als "sozialistischer Sektor" der jugoslawischen Landwirtschaft ausgegeben werden, aber im Grunde von etwa der gleichen (allerdings staatskapitalistischen) Natur sind wie Genossenschaften in kapitalistischen Ländern, ist eine allgemeine Regel. Über 100.000 Arbeiter waren 1961 in diesen "Genossenschaften" fest angestellt, darüber hinaus eine große Zahl von Taglöhnern mehr oder minder regelmäßig beschäftigt. Etwa 70 Prozent des Bareinkommens aller jugoslawischen Bauernhaushalte mit weniger als 2 Hektar stammten aus dem Verkauf der Arbeitskraft. Der Weg der jugoslawischen Landwirtschaft in den letzten 13 Jahren ist ein Weg der immer unverhüllteren Wiederherstellung der kapitalistischen Verhältnisse auf dem Dorf. Die revisionistischen "Berichterstatter" der ZK-Delegation aber reden von "sozialistischen Perspektiven".

★

Freier Markt und hemmungslose Konkurrenz der neben- und gegeneinander wirtschaftenden Betriebe, Fehlen eines staatlichen Außenhandelsmonopols, Fehlen eines einheitlichen Wirtschaftsplans bei gleichzeitiger ständiger staatlicher Intervention in den Betrieben mit dem Ziel, einen möglichst großen Mehrwert aus den Arbeitern herauszupressen - das sind einige der wesentlichsten Merkmale der heutigen jugoslawischen Wirtschaft, einer staatskapitalistischen Wirtschaft, die durch zwei Charakteristika ihr besonderes Gepräge erhält: von 1949 - als Tito die griechische Revolution verriet - bis 1963 erhielt Tito-Jugoslawien ins-



gesamt 5.460 Millionen Dollar "Wirtschaftshilfe" aus kapitalistischen Ländern, davon 60 Prozent aus den USA, wobei diese imperialistische "Hilfe" vor allem in den Jahren seit 1958 ihr größtes Ausmaß erreichte. Die Abhängigkeit, in die die jugoslawische Wirtschaft und der jugoslawische Staat durch diese imperialistische "Hilfe" geraten ist, sowie die Tatsache der Entstehung einer neuen Schichte von direkt den Staat repräsentierenden Ausbeutern in den jugoslawischen Unternehmungen, den Managern, charakterisieren die besondere Natur des Staatskapitalismus in Jugoslawien: er wird getragen von einer bürokratischen (d.h.mit dem Staate verwachsenen) Kompradoren- (d.h. an das imperialistische Auslandskapital gebundenen) -Bourgeoisie.

★

In dem sogenannten "Bericht" der österreichischen Parteidelegation ist eine besondere Frage den politischen Verhältnissen in Jugoslawien gewidmet, wobei Muhri ein seiner Meinung nach besonders positives Moment hervorhebt: "Man achtet sehr darauf, daß die Partei nicht Aufgaben übernimmt, für die die staatlichen und die Selbstverwaltungsorgane zuständig sind." In Wahrheit bedeutet das, daß mit dem sozialistischen Grundprinzip der Leitung des Staates durch die Partei des Proletariats (die es in Jugoslawien ja auch nicht mehr gibt) Schluß gemacht wurde. Dasselbe bezeugt die Aussage Muhris, daß "die Kommunisten...dort (in allen Staats- und Wirtschaftsorganen) nur kraft ihrer Argumente auf die Beschlüsse dieser Organe einwirken können". Mit anderen Worten heißt das,daß der sogenannte "Bund der Kommunisten Jugoslawiens", wie das in einem zu einem kapitalistischen Land degenerierten Lande auch garnicht anders sein kann, die spezifische Hauptrolle einer den Sozialismus aufbauenden kommunistischen Partei in keiner Weise erfüllt: nämlich die wirkliche Leitung des Staates. Der BdKJ ist lediglich ein Hilfsorgan des reaktionären jugoslawischen Staatsapparats.

★

Während noch bis vor kurzem auch die Führung unserer Partei gewisse Einwände und Vorbehalte gegenüber der Politik Titos geltend machte, ist sie nun offenbar mit fliegenden Fahnen völlig in die Reihen der extremsten Revisionisten vom Schlage Titos übergelaufen. Mit Rankowitsch, der von Fürnberg seinerzeit mit Recht als "faschistischer Henker" gebrandmarkt wurde, hatte die unter Fürnbergs Führung stehen-

de Delegation nun eine "freundschaftliche Aussprache". Wir aber fragen: Haben die von der Tito-Gruppe bewerkstelligten Ermordungen, Folterungen und Verfolgungen ungezählter Kommunisten in den jugoslawischen Konzentrationslagern aufgehört, eine geschichtliche Tatsache zu sein? Wir fragen unsere führenden Funktionäre, die diesen famosen "Bericht" über Jugoslawien fabriziert haben: Warum erwähnt Ihr nichts von dem bis heute nicht widerrufenen verräterischen Programm der Tito-Leute, diesem "antileninistischen, revisionistischen Programm", als das es eindeutig von der Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen Parteien bezeichnet wurde? Hat sich die herrschende Tito-Gruppe von diesem Programm etwa distanziert, oder von all den von ihr begangenen Verbrechen der Vergangenheit bis in die heutige Zeit, daß Ihr es heute für möglich hält, uns dieses von Euch selbst noch bis vor wenigen Jahren mit vollem Recht verdammte revisionistische Regime als "sozialistisch" zu empfehlen? Habt Ihr Euch etwa die Prinzipien dieses von Euch früher energisch verurteilten Programms selber zu eigen gemacht?



(Aus der "Volksstimme" vom 2. Juli 1964)
In "freundschaftlicher Atmosphäre" sitzt Genosse Friedl FÜRNBERG nun Rankowitsch gegenüber, den er vor ein paar Jahren noch sehr treffend einen "faschistischen Henker" nannte

Euer Reden - und Euer Schweigen - zwingt zum Schluß: Jawohl, Ihr seid offen in die Fußtapfen Titos getreten, getreu den Weisungen von Chruschtschow. Bedingungslos seid Ihr zu Kreuze gekrochen und singt jetzt das Lied vom "sozialistischen" Tito-Jugoslawien nach. Die österreichischen Kommunisten aber - und diesem Zweck soll dieser Artikel dienen - werden und können Euch auf diesem verderblichen Weg nicht folgen. Wir kämpfen gegen die Verfälschung der Wahrheit, von wem immer sie ausgeht. Wir kämpfen gegen die Diskreditierung des Sozialismus, wer immer sie betreibt. Der revisionistischen Verwirrung in den Gehirnen und Herzen unserer österreichischen Genossen entgegenzuwirken, das ist heute die wichtigste Aufgabe, ohne deren Erfüllung der Kampf für den Sozialismus in Österreich unmöglich und aussichtslos würde.

Walter FREUDMANN

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

Die Ausschlußmaschine muß gestoppt werden!

Die "ROTE FAHNE" hat am 1.Juni von dem ZK-Beschluß berichtet, Mitglieder und Funktionäre der Partei, die die "Rote Fahne" nicht bloß passiv lesen, sondern in irgendeiner Form aktiv unterstützen, sofort aus der Partei auszuschließen. Daß dieser Beschluß dann geheimgehalten wurde, entsprang einerseits der Befürchtung, die Parteimitglieder könnten durch ihn auf die wachsenden Widerstände aufmerksam gemacht werden, die der revisionistische Kurs innerhalb der Partei findet und die schon so stark geworden sind, daß man ihnen äußerste Mittel entgegensetzt; zugleich aber auch der Spekulation, die Zahl der Ausschlüsse bis zum Parteitag nicht allzu groß werden zu lassen, um es dort umso leichter zu haben, die tiefen Gegensätze in der Partei als "Bagatellfragen" zu verharmlosen.

Anscheinend beginnen diese Spekulationen nun zu scheitern. Getrieben von der Angst, die antirevisionistische Kritik am Kurs Chruschtschows und seiner österreichischen Lautsprecher könnte insbesondere nach den Ergebnissen der bevorstehenden Wahlen übermächtig werden, haben die Manager des Polbüros nun eine Serie neuer Repressalien und Mitgliederausschlüsse begonnen.

Unter anderem hat der Höchstädtplatz nun einen Ausschlußantrag gegen den früheren Mitarbeiter von "Weg und Ziel" und Redakteur der "Volksstimme" und späteren Vertreter der KPÖ in der Redaktion der Zeitung "Probleme des Friedens und des Sozialismus" Genossen Karl SACHER gestellt. Der Ausschlußgrund ist, daß sich Genosse Sacher im sozialistischen China aufhält und sich erlaubt hat, von dort einen zustimmenden Brief an die "Rote Fahne" zuschreiben. Ein weiterer Ausschlußantrag ist gegen Genossen Hubert HRACH gestellt worden, der kürzlich in die Redaktion der "Roten Fahne" eintrat. Angekündigt wurde bereits der Ausschluß einer Gruppe von Genossen im 10.Wiener Bezirk, während der Ausschluß des Genossen JOCHA zwar versucht wurde, aber nicht programmgemäß gelang. Auch in Steyr, im Innviertel und im Bezirk St.Pölten werden Ausschlüsse vorbereitet, zu denen bloß noch die erforderlichen "Mehrheiten" fehlen. In einigen Fällen sind die Revisionisten dazu übergegangen, Genossen bewußt zu beleidigen, um sie zu provozieren und zum Austritt zu verleiten.

WIR WARNEN DIE GENOSSEN VOR SOLCHEN PROVOKATIONEN UND ERSUCHEN SIE, DARAUF UNTER KEINEN UMSTÄNDEN HEREINZUFALLEN! Unter keinen Umständen sollen die dem Marxismus-Leninismus treuen Kräfte ihre Parteifunktionen niederlegen oder gar aus der Partei austreten. Gegen die spalterischen Versuche aber, gute Genossen, bewährte Aktivisten und Funktionäre aus der Partei hinauszustimmen, nur weil sie den Erkenntnissen und Auffassungen treu blieben, die unsere Partei fast vier Jahrzehnte lang vertrat, muß der entschiedenste Kampf geführt werden!

★

Wer sind die Kandidaten ?

Die Kandidatenliste der KPÖ zu den Arbeiterkammerwahlen kam auf die gewohnte Weise zustande: sie wurde im engsten Kreis ausgeknobelt und dann den Genossen in der Erwartung präsentiert, sie würden sie wortlos akzeptieren - einschließlich der darin enthaltenen Manipulationen. Diesmal gab es jedoch Schwierigkeiten. Die Tatsache, daß bei den an den vorderen Stellen stehenden Kandidaten zwar die verschiedensten manuellen Berufe angegeben sind, es sich in den meisten Fällen aber um ausgesprochene Apparatleute handelt, die ihrem Beruf seit vielen Jahrzehnten entfremdet

sind, während die mit der Arbeiterschaft enger verbundenen betrieblichen Funktionäre unter "ferner liefen" rangieren, löste vielstimmige Kritik aus.

Diese Kritik hatte zweierlei Folgen: Einerseits erleichterte es sie den Revisionisten im Polbüro, die Genossen Fritz LAUSCHER und Leopoldine FIALKA auszubooten, deren sanfte Vorbehalte gegen die galoppierende Rechtsschwenkung der Parteiführung sie bereits als "unverläßlich" erscheinen lassen. Andererseits führte sie dazu, daß die Kandidatenliste bis unmittelbar vor den Wahltermin immer noch "provisorisch" und nicht veröffentlichungsreif war.

Für unsere Genossen, erst recht aber für die österreichische Arbeiterschaft, ergab sich damit die peinliche Situation, daß zwar die großbürgerliche "PRESSE" schon über die Veränderungen der Liste berichten konnte, sie selbst aber immer noch nicht wußten, wer auf ihrer Liste wirklich kandidiert. Selbst die Postwurfsendung anläßlich der Arbeiterkammerwahlen, von der man sich Aufschluß erhoffte, beschränkte sich darauf, nur einige Spitzenkandidaten zu nennen und schwieg über den Rest. Fragt sich, wozu man da überhaupt eine komplette Liste aufstellt, wenn dann eh niemand was davon erfährt, ihre Werbewirkung also gleich Null ist?

*

Friedl auf hoher "Stufe"

Genosse Josef <u>PECHINGER</u>, Mitglied des Gebietes III (Wiesberggasse) in Ottakring, hat uns über einen Briefwechsel informiert, den er vor kurzem mit Friedl FÜRNBERG geführt hat. In dem Bestreben, die von Seiten der Revisionisten nur allzuoft mit persönlichen Angriffen, Verleumdungen und Tratschgeschichten geführte Polemik gegen die mit der Chruschtschow-Politik unzufriedenen Genossen auf das Niveau einer sachlichen politischen Diskussion zu heben, hatte Genosse Pechinger folgenden Vorschlag an Fürnberg gerichtet:

"Machen wir im September, Oktober und November an sechs Abenden Streitgespräche. Hauptstreiter Marek und Strobl. Jeder der beiden spricht eine halbe Stunde, dann jeder eine Viertelstunde - dem andern antwortend. Dann eine halbe Stunde Diskussionsbeiträge der Zuhörer. Abschließend eine halbe Stunde Antworten und Zusammenfassungen durch Marek und Strobl. Ein Vorsitzender sorgt für die nötige Disziplin, erteilt das Wort usw. Die Diskussion müßte unter einem packenden Titel in der "Volksstimme" jeweils angekündigt werden. Zutritt <u>prinzipiell nur für Parteigenossen.</u> Dann jedes Mal Bericht in "Volksstimme", "Weg und Ziel" und "Rote Fahne" <u>ohne</u> Polemik. - Voraussetzung für das Ganze: daß Genosse Marek sich bereit finden könnte, alles Persönliche zurückzustellen und zuzustimmen, daß alle Repressalien zurückgenommen werden, keine neuen erfolgen usw."

Friedl <u>Fürnberg</u> hat am 9.Juli mit einem hochmütigen Brief geantwortet, in dem er wörtlich schreibt:

"Du gehst bei Deinem Vorschlag von einer vollständig falschen Voraussetzung aus: Du setzt Strobl und seine paar Anhänger mit unserer Partei <u>auf eine Stufe</u>. Das ist aber sowohl was ihre Auffassung als auch ihre parteifeindlichen Methoden betrifft, unmöglich. Sie erklären ja <u>selbst</u> ganz offen, daß sie die Partei <u>spalten wollen</u>, und behaupten, ein Recht darauf zu haben, weil sie die <u>einzigen</u> Marxisten-Leninisten in Österreich sind. - Die Einheit unserer Partei können sie nicht erschüttern, umso weniger, als unsere Partei weiß, daß jede Fraktionsarbeit schädlich ist und diejenigen, die sie,unter welchem Vorwand immer,betreiben, aus der Partei <u>hinausgewiesen werden müssen</u>. Mit besten Grüßen: Fürnberg."

Das ist typisch Fürnberg! Mit einer demagogischen Wendung unterschiebt er seine Erfindungen als außer Diskussion stehende Tatsachen, um sodann, von den selbst gewählten falschen Voraussetzungen ausgehend zu den erwünschten falschen Schlußfolgerungen zu gelangen. Wo hat die "Rote Fahne" denn jemals "offen erklärt", die Partei spalten zu wollen? Wo haben ihre Herausgeber jemals erklärt, die "einzigen" Marxisten-Leninisten zu sein? Und wie unmißverständlich ist die gleich auch an die Adresse des Genossen Pechinger gerichtete Drohung des "aus der Partei Hinausweisens"! Sind es nicht gerade solche von Fürnberg praktizierte Methoden, die "parteifeindlich" sind?

Auch das Argument von der verschiedenen "Stufe" ist kennzeichnend. Sollte es wirklich nur um die Rangordnung gehen, nicht aber um die Angst vor bestimmten Argumenten, mit denen auch die zungenfertigsten Revisionisten nicht fertig werden?

GRÜSS GOTT, GENOSSE!

oooooooooooooooooooooooooooooo

Dreimal darf man raten: Aus welcher Zeitung stammt der folgende Ausschnitt?

> **Italienische Kommunisten danken dem Papst**
>
> Das Führungsgremium der Kommunistischen Partei Italiens hat in einem Kommuniqué Papst Paul für „die Wünsche und die Worte" gedankt, mit denen er des schwererkrankten Parteichefs Togliatti gedacht hat.
>
> Paul VI. hat bekanntlich am 15. August vor dem Gebet des „Engel des Herrn" dazu aufgefordert, die Madonna, die Mutter der Barmherzigkeit, zu bitten, sie möge auch „der anderen politischen Persönlichkeit" beistehen, die sich „in ähnlicher Lage" wie der italienische Staatspräsident befindet.

Nein, falsch! In diesem Fall war er nicht aus der "Volksstimme", sondern wirklich aus der "Wiener Kirchenzeitung" (6.9.64)! Aber er hätte natürlich auch in der "Volksstimme" stehen können und ist so ähnlich ja auch dort gestanden. In der heutigen Zeit, da Adshubej, Breshnew und andere prominente Sowjetpolitiker den Vatikan besuchen, ist alles möglich geworden. So hat zum Beispiel der neue Generalsekretär der KP Italiens am 10. September in einem Fernseh-Interview erklärt, die KPI habe nun "den alten Antiklerikalismus überwunden", wodurch sich die Möglichkeit enger Zusammenarbeit mit den Katholiken eröffne. Drei Tage danach erlebten wir bereits eine der Formen dieser Zusammenarbeit: die Sonntagszeitung des Vatikans "L'Osservatore della Domenica" verurteilte Volkschina mit genau denselben "Argumenten", die auch Chruschtschow verwendet. Das Blatt der schwarzen Reaktion warnte außerdem mit dem Hinweis vor der "gelben Gefahr", daß die "besonders guten Beziehungen zwischen Rotchina und Japan" eine "besorgniserregende Tatsache" seien (tatsächlich gibt es zwischen beiden Ländern nichteinmal diplomatische Beziehungen!). Im Übrigen müsse Sibirien (das China natürlich garnicht verlangt hat) bei Rußland bleiben. Den Zeichner des Wiener "Kurier" hat diese kuriose Gemeinschaft zu der Karikatur eines Chinesen inspiriert, der den "Osservatore" liest und verwundert sagt: "Klingt ja wie die 'Prawda'!"

Wie lange wird's noch dauern bis zur Gründung des ersten "Bundes religiöser Kommunisten"? Ob der dann wohl rechts vom Bund religiöser Sozialisten stehen wird?

Albanien - wie ich es sah

Von Magda SCHMIDBERGER, Steyr

Auf Einladung der kommunistischen Partei Albaniens (dort heißt sie "Partei der Arbeit") hatte ich Gelegenheit, dieses kleine, aber schöne Land an der Adria kennenzulernen und möchte einiges darüber erzählen.

Am Flugplatz Rinas betraten wir - eine kleine österreichische Reisegruppe - zum erstenmal albanischen Boden. Mit herrlich duftenden Rosen wurden wir von einer Ärztin abgeholt, die in der DDR studiert hatte und bereit war, uns als Dolmetscherin zur Seite zu stehen, sowie von einem Genossen, der uns im Namen der Partei der Arbeit Albaniens begrüßte und willkommen hieß.

Auf der Fahrt nach Tirana (der Flugplatz liegt ziemlich weit außerhalb der Stadt) sahen wir uns das Land zum erstenmal näher an. Wir fuhren auf der vielbefahrenen Asphaltstraße entlang der Eisenbahnlinie, die Tirana mit Elbasan verbindet und die erst nach der Befreiung gebaut worden ist - vorher gab es keinerlei Eisenbahnen und auch die Straßen waren nicht viel mehr als Karrenwege.

Tirana selbst, die Hauptstadt Albaniens, ist eine beinahe neue Stadt und hat heute ein Mehrfaches der früheren Einwohnerzahl. Große breite Straßen, gesäumt von Neubauwohnungen und Geschäften, repräsentativen öffentlichen Gebäuden, schöne Denkmäler, Parks und sehr viele noch in Bau befindliche Objekte, daneben aber auch noch einige alte Wohnviertel mit unansehnlichen Häusern, niedrig gebaut, orientalisch anmutend.

Im Verlauf unseres dreiwöchigen Aufenthaltes in Albanien durchfuhren wir das Land vom äußersten Norden (Shkodra) bis zum südlichsten Punkt (Butrint). Was wir auch sehen wollten - alles stand zu unserer Besichtigung frei und überall, ob auf dem Lande oder in der Stadt, ob in Fabriken oder in Theatern, wurden wir von den albanischen Genossen mit grenzenloser Gastfreundschaft und einer von Herzen kommenden Zuneigung empfangen.

Albanien kann man natürlich nicht mit demselben Maßstab messen wie einen schon lang industrialisierten westeuropäischen Staat. Man darf nicht vergessen, daß dieses Land ein halbes Jahrtausend unter türkischer Herrschaft schmachtete, von der es sich endgültig erst in unserem Jahrhundert befreien konnte. Infolge dieser jahrhundertelangen Unterdrückung war Albanien lange Zeit das zurückgebliebenste Land Europas überhaupt und sein Lebensstandard war unvorstellbar tief. An dieser Tatsache gemessen, grenzt es an ein Wunder, wieviel Albanien, seit es eine Volksrepublik ist (und das sind ungefähr 20 Jahre), schon aufgeholt hat. Auch die Kriege gegen die italienischen und deutschen Faschisten, die ins Land eingefallen waren und es weiter ausplünderten und verwüsteten, erschwerten sehr die Bedingungen, unter denen die albanischen Genossen nach dem Sieg der Volksbefreiungsbewegung den Aufbau einer sozialistischen Ordnung begannen. Eines jedoch wurde durch den Kampf gegen die vielen fremden Mächte, die Albanien unterdrückten, gehoben: das Gemeinschaftsgefühl. Durch Leid und Entbehrungen wuchsen dem albanischen Volk, das so überaus treffend das Volk der Adlersöhne genannt wird, Kräfte, die nicht nur imstande sind, jedweden Feind zurückzuschlagen, sondern auch den Lebensstandard des Volkes in einem Tempo zu heben, das alle Rekorde schlägt.

Heute ist es manchmal schon schwer, sich das alte Albanien vorzustellen. Wenn es vor der Befreiung keine Hochschulen, keine Industrie gab, die Landwirtschaft noch auf der Stufe des Mittelalters stand, 85 Prozent der

Bevölkerung Analphabeten waren, als Beförderungsmittel allein Ochsen- und Eselkarren oder nur die Tiere selbst dienten, so wird man das, was in diesen 20 Jahren vom Volk unter Leitung der Partei geleistet wurde, erst richtig bewerten können.

Heute ist jeder vierte Albaner Student, jedes kleine Dorf hat sein Kulturhaus, die neuen Wohnungen, die für die Arbeiter und Bauern gebaut wurden und in wachsender Zahl weiter gebaut werden, entsprechen durchaus auch unseren modernen Neubauhäusern. Die Miete für eine solche Wohnung beträgt pro Monat eines Tageslohn des jeweiligen Arbeiters.

Vor allem hat auch die Stellung der Frau eine sehr große Wandlung erfahren. Während sie vor der Befreiung noch den Schleier trug und nicht mehr war als die Sklavin des Mannes, ist sie heute ein durchaus gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft und nimmt in vielen Zweigen der Wirtschaft und des Staates leitende Stellen ein.

Ein sehr schönes Erlebnis war unser Besuch in Kruja, der Stadt Skanderbegs. Skanderbeg ist der Nationalheld des albanischen Volkes. Er hat im 15.Jahrhundert Albanien in den Kampf gegen die Türkenherrschaft geführt und den türkischen Zwingherren schwere Niederlagen beigebracht. Seinen Helm und sein Schwert kann man heute noch im Original im Kunsthistorischen Museum in Wien bewundern - als uns die albanischen Genossen darauf aufmerksam machten, konnten wir ihnen nachfühlen, daß sie über die Verschleppung dieser Reichtümer und Kunstwerke ins Ausland (auch Österreich-Ungarn zählte seinerzeit zu den Unterdrückern des albanischen Volkes) nicht eben begeistert waren.

Die Burg Skanderbegs ist noch ganz gut erhalten. Im angeschlossenen Museum bestaunten wir nicht nur viele Gegenstände, Bücher und Karten, die mit Skanderbeg in Zusammenhang stehen, sondern auch viele Erinnerungsstücke an die Befreiungskriege der neueren Zeit. Im Bewußtsein des albanischen Volkes lassen sich die Kämpfe unter Führung Skanderbegs nicht vom antifaschistischen Befreiungskampf der späteren Zeit unter Führung der Partei der Arbeit trennen, in denen viele der besten alten Kampftraditionen auflebten und weiterwirkten. Wie wir hörten, gab es in Albanien kaum eine Familie, die vor 1945 nicht aktiv an der Partisanenbewegung gegen die Faschisten teilgenommen hätte. Auch die albanischen Frauen kämpften an der Seite ihrer Männer - gleich Mamica, der heldenhaften Schwester Skanderbegs - mit der Waffe gegen die italienischen und deutschen Eroberer.

Das albanische Volk wird niemals die Greuel und Leiden vergessen, die ihm durch Faschismus und Imperialismus zugefügt wurden und ist unter keinen Umständen bereit, die so mühevoll erkämpfte Unabhängigkeit wieder aufzugeben. Nicht zuletzt wegen der Stärke dieser patriotischen und revolutionären Gesinnung hat in Albanien die Politik Chruschtschows, der mit den Feinden zu paktieren und die Freunde unter Druck zu setzen begann, sofort einmütige Ablehnung gefunden.

Besonders gern denke ich an unseren Aufenthalt in Vlora zurück, wo wir mit dem Zweiten Sekretär der PdA, Genossen Hysni Kapo, eine lange Aussprache hatten, die für uns überaus aufschlußreich war. Mit aller Offenheit berichtete Genosse Kapo über die Probleme Albaniens, seine Errungenschaften, aber auch über die noch zu lösenden Aufgaben. Es war für uns fast ein bißchen erstaunlich, daß sich einer der verantwortlichsten Funktionäre des Landes die Zeit nahm, für ganz einfache Kommunisten so viel Mühe aufzuwenden und stundenlang all die Fragen zu beantworten, die sie auf dem Herzen hatten. Später wurde uns dann klar, daß gerade die Volksverbundenheit der führenden albanischen Genossen, ihre Bescheidenheit und Herzlichkeit sowie das Bemühen, auch die Auffassungen der ganz und garnicht "prominenten" Menschen kennenzulernen, eines der Geheimnisse ihrer Beliebtheit und ihres Erfolgs ist.

Auf unsere Frage sprach Genosse Kapo auch über den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu Albanien und schilderte an Hand von Beispielen, welch großer wirtschaftlicher Schaden dem Lande dadurch zugefügt wurde. Es freute uns, daß er offensichtlich dennoch ein Freund des sowjetischen Volkes geblieben ist. Das albanische Volk hegt keinen Groll gegen das sowjetische Volk, unterstrich er. Wir sind dem sowjetischen Volk dankbar für die Hilfe, die es uns unter Stalin erwiesen hat. Die wirtschaftliche Blockade gegen Albanien geht auf das Konto Chruschtschows und seiner Gruppe, nicht auf das des sowjetischen Volkes. Und doch, sagte er, sind wir sogar auch Chruschtschow in einem gewissen Sinne dankbar, denn seine Repressalien gegen Albanien haben uns gelehrt, daß man sich am besten auf die eigene Kraft verläßt. Das albanische Volk hat seine eigene Kraft nun noch besser erkannt und Leistungen vollbracht, die es sich früher kaum zugetraut hätte. Mit Worten hohen Lobes sprach Genosse Kapo über die wirklich brüderliche Hilfe, die das große China nun beim sozialistischen Aufbau Albaniens leistet. Wie wir sahen, schließt diese Hilfe auch die Belieferung mit modernsten Maschinen und Geräten, mit Traktoren, Rohstoffen usw. ein.



Vor der Universität in Tirana

12.000 Menschen besuchen heute die Hochschulen

Was mich als überzeugte Kommunistin immer wieder angenehm berührte, war die Tatsache daß man in Albanien nicht versucht, den Namen Stalins aus dem Bewußtsein des Volkes zu beseitigen, sondern die Erinnerung an diesen großen Kämpfer für den Marxismus-Leninismus in Ehren gehalten wird. Straßen, Fabriken, Plätze usw. tragen noch seinen Namen und seine Statue hat in Tirana ebenso ihren Platz wie die Lenins. Die albanischen Genossen sind nicht der Meinung, daß Genosse Stalin keine Fehler gemacht hätte. Natürlich hat er das. Aber man muß das Gesamtwerk im Auge haben. Und da stimmten wir überein, daß dieses Werk positiv und erfolgreich war - was man von Chruschtschows Werken schwerlich behaupten kann.

Ein besonderes Erlebnis war für uns Permet. In dieser Stadt, die wie Kruja in den Bergen liegt, kamen vor 20 Jahren die Delegierten zum Ersten Kongreß zusammen, aus dem später die albanische Regierung gebildet wur-

de. Dieser Tag, der 24.Mai, ist albanischer Nationalfeiertag geworden. Die Mitglieder des Ersten Kongresses vor 20 Jahren, die Regierung und das diplomatische Korps, viele Gäste aus dem Ausland und tausende einfache Menschen kamen heuer an diesem Tag nach Permet. Wir selbst nahmen sowohl an der Enthüllung des neuen Partisanendenkmals durch den Ersten Sekretär der PdA, Genossen Enver Hodscha, teil, als auch an der großen Festveranstaltung, die uns Einblick in das künstlerische Leben der Albaner gab. Danach wurde noch ein Staatsbankett veranstaltet, bei dem wir ebenfalls Gäste waren. Es freute uns, bei dieser Gelegenheit auch Genossen Enver Hodscha selbst vorgestellt zu werden und mit ihm auf den Sieg der gemeinsamen Sache aller arbeitenden Menschen anstoßen zu können.

Den tiefsten Eindruck hinterließ jedoch der am folgenden Tag stattgefundene Aufmarsch der ehemaligen 12.Partisanenbrigade, deren Tapferkeit berühmt war. Viele von denen, die da an uns vorbeimarschierten, sind jetzt natürlich schon ältere Männer, aber unverkennbar lebt in ihnen der revolutionäre Schwung, der Mut und die Begeisterung weiter, mit denen sie einst gegen eine Übermacht von Feinden anstürmten und siegten. Es schien uns in diesen Augenblicken, daß das ganze albanische Volk, personifiziert in dieser 12.Brigade, an uns vorbeizog, und wir konnten verstehen, daß dieses kleine Land es geschafft hatte, sich aus eigener Kraft zu befreien und den Sozialismus, getreu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, aufzubauen. Immer wieder erhob sich der tausendstimmige Ruf "Parti e Punes!" und "Lavdi Partia Punes!" (Es lebe die Partei der Arbeit!) und auch wir stimmten begeistert in diesen Ruf ein. Es wundert uns nicht, daß die albanischen Genossen, daß das albanische Volk diese Partei liebt.

Nicht in Autos fuhren die Regierungsmitglieder an der Volksmenge vorbei, wie dies in anderen Ländern bei ähnlichen Gelegenheiten meist Sitte ist, sondern sie waren mitten unter den Menschen. Kein führender Funktionär, auch nicht Genosse Enver Hodscha, brauchte eine Polizeieskorte oder militärische Begleitung. Hier war keine Wand zwischen dem Volk und seinen führenden Vertretern.

Die Beliebtheit besonders Enver Hodschas beim Volk war nicht zu übersehen. In den Sprechchören wurde oft auch sein Name gerufen. Personenkult? Nein, vielmehr eine echte und verdiente Popularität, die im Laufe eines Vierteljahrhunderts entstanden ist, das in der albanischen Geschichte nicht seinesgleichen hat.

Allzurasch ging die Zeit unseres Urlaubs zu Ende und mit traurigen Herzen standen wir eines Tages wieder in Rinas am Flugplatz. Wir nahmen viele Erinnerungen von Albanien mit, doch das schönste Souvenir, das wir mit nach Österreich brachten, war die Gewißheit, daß die kommunistische Weltbewegung auf das Volk der Skypetaren rechnen kann. Wir sind glücklich, die tapferen Adlersöhne unter unseren Freunden zu sehen.

INTERNATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Die KP Japans weist Chruschtschow in die Schranken

Die KP Japans hat am 15.Juli einen Brief an die KPdSU gerichtet, in dem die Angriffe, die in der Moskauer Zeitschrift "Partinaja Shisn" gegen die japanischen Kommunisten veröffentlicht wurden, als direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der KP Japans zurückgewiesen werden. Die Tätigkeit der Führer der KPdSU, Mitglieder und Mandatare der KP Japans zum Bruch der Parteibeschlüsse verleiten zu wollen, die Unterstützung des Parteiverräters SHIGA (der im Parlament auf Chruschtschows Ge-

heiß unter Bruch der Parteibeschlüsse gemeinsam mit der Bourgeoisie für Japans Beitritt zum Dreierpakt stimmte), sowie die maßlosen Angriffe des ZK der KPdSU auf Bruderparteien hätten eine ernste Lage heraufbeschworen, heißt es im Protestschreiben.

Am 24. Juli wandte sich auch das Zentralorgan der KP Japans mit der Frage an Chruschtschow: "Noch vor drei Jahren lehnte auch Chruschtschow ein Abkommen über nur teilweise Einstellung der Atomtests ab. Nun hat er seine Meinung geändert. Mit welchem Recht verlangt er, daß alle seine Schwenkung mitmachen müssen?"

★

Genosse Herssens zieht die Konsequenz

Das frühere Mitglied des Zentralkomitees und des Polbüros der KP Belgiens (jetzt Revisionisten), zuletzt Redakteur ihres Zentralorgans "Drapeau Rouge", Genosse Sam HERSSENS, hat sich der KP Belgiens(Marxisten-Leninisten) angeschlossen und wird jetzt in deren Zentralorgan "La Voix du Peuple" arbeiten. In einem Schreiben an den revisionistischen Parteipräsidenten Burnelle begründet er seinen Schritt mit der zunehmenden revisionistischen Entartung der Partei im Fahrwasser Chruschtschows, mit den undemokratischen Maßnahmen der Parteiführung gegen revolutionäre Mitglieder und Funktionäre sowie mit den verleumderischen Methoden, deren sich die Revisionisten systematisch bedienen.

★

Neuer "Exportartikel" Jugoslawiens

Wie den westdeutschen Zeitungen zu entnehmen ist, finden derzeit in Belgrad Verhandlungen mit einer Delegation aus Bonn statt, die die Bedingungen klären sollen, unter denen weitere jugoslawische Arbeitslose in westdeutschen Betrieben Arbeit finden können. Nach Belgrader Mitteilungen sind zur Zeit rund 180.000 jugoslawische Arbeiter, die daheim keine Arbeit fanden, in westeuropäischen Ländern tätig, vor allem auch in Westdeutschland. Dennoch gibt es allein in Serbien 85.000 Arbeitslose sowie 6000 stellenlose Mittelschulabsolventen. Die jugoslawischen Behörden erhoffen sich vom "Export" eines Teiles dieser industriellen Reservearmee eine Milderung des Arbeitslosenproblems, wollen die ins Ausland exportierten Arbeiter aber nicht aus ihrem Einflußbereich verlieren, weswegen sie entsprechende vertragliche Sicherungen anstreben.

Export von Arbeitslosen aus dem "sozialistischen" Jugoslawien in das hochkapitalistische Westdeutschland - das ist anscheinend eine neue Form „friedlicher internationaler Zusammenarbeit", in deren Verlauf sich die Überlegenheit der "sozialistischen Wirtschaft" erweisen soll!

Immer wieder beweist sich, daß es hinterhältigste Sabotage, übelste Hetze gegen den Sozialismus ist, das System und die Zustände im Lande Titos als "sozialistisch" zu bezeichnen.

★

China druckt Chruschtschow

Ein Verlag der Volksrepublik China ist gegenwärtig mit der Herausgabe einer zweibändigen Sammlung der Reden Chruschtschows aus der Zeit vor dem Tod Stalins beschäftigt. Der einfache Abdruck dieser "Werke" von Chruschtschow genügt, ihn als den prinzipienlosesten Revisionisten aller Zeiten bloßzustellen.

★

Schweigen über Indien

Wie die "Volksstimme" am 11. September in einer kleinen Meldung mitteilte, wurde tags zuvor das Parlament des indischen Bundesstaates Kerala aufgelöst, nachdem die „Opposition" der Regierung eine Abstimmungsniederlage beibrachte. Die "Volksstimme" verschwieg, daß es sich bei dieser "Opposition" vor allem um die kommunistischen Abgeordneten handelte, sie verschwieg weiters, daß die Abstimmungsniederlage der Regierung infolge der himmelschreienden Mißwirtschaft und Korruptheit der Regierung zustandekam und sie vergaß auch jedes Wort

der Kritik an einem System, das Abstimmungsniederlagen einer korrupten Regierung mit Parlamentsauflösung und Zwangsverwaltung bestraft. Warum wohl ?

Kerala ist übrigens der indische Bundesstaat, in dem die Kommunisten 1957 bei den Wahlen die Mehrheit erlangten und daraufhin unter Nambudiripad die Regierung bildeten. Dieser "friedliche Weg" endete damals mit der provokatorischen Auflösung der rechtmäßigen Regierung und mit der Einsetzung einer diktatorischen Verwaltung durch einen Gouverneur. Hernach wurde, obwohl die Kommunisten weiter an Stimmen gewannen, eine erzreaktionäre Regierung eingesetzt - eben jene, die nun an ihrer Korruptheit verfaulte.

Warum fällt es der "Volksstimme" so schwer, über diese Triumphe der indischen "Demokratie" zu berichten? Hängt es etwa damit zusammen, daß gerade am 11. September der indische Staatspräsident in Moskau mit Ehrungen überhäuft und mit dem indischen Verteidigungsminister ein "Militärhilfeabkommen" unterzeichnet wurde, das umfangreiche neue Waffenlieferungen Chruschtschows an die indischen Reaktionäre vorsieht?

Warum hat die "Volksstimme" überdies vergessen mitzuteilen, daß in Indien 3 der 8 kommunistischen Oberhausmitglieder und 11 von 32 kommunistischen Parlamentsabgeordneten, darunter der Vorsitzende der Parlamentsfraktion, Genosse GOPALAN, eine marxistisch-leninistische Gruppe bildeten und auch 5 andere kommunistische Abgeordnete mit Chruschtschows Dange brachen?

★

Eine tolle Geschichte

Vor einigen Wochen brachte der "Expreß", den wir immer schon so eingeschätzt haben, die Rekordlüge, das sozialistische China betreibe einen umfangreichen Handel mit Rauschgift, wobei die marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen als Großverteiler fungierten. Die Meldung entsprach wie gesagt dem Niveau des Blattes.
Was aber soll man sagen, wenn nun Mitte September die sowjetische "Prawda" plötzlich auf ein ähnliches Niveau geraten ist? Sie plappert die Expreßlüge nicht nur nach, sondern ergänzt sie noch mit "Details", z.Bsp. mit der Ziffer von 13 Milliarden S, die der Rauschgifthandel dem sozialistischen China angeblich pro Jahr einbringe und die zur Finanzierung der "Spalter" verwendet würden.

Das Tollste an der Geschichte ist, daß "Prawda" auf deutsch "Wahrheit" heißt.

★

Atomtests am laufenden Band

Laut einer Meldung aus Washington vom 4. September fand in Nevada ein neuer amerikanischer Atomversuch (unter der Erde) statt. Es war der 15. Atomversuch dieses Jahres und der 26., den die USA seit Abschluß des Teststoppvertrages offiziell bekanntgegeben haben.

ANTWORT

DES ZK DER KP CHINAS

AUF DAS SCHREIBEN DES ZK DER KPdSU VOM 30. JULI 1964

30. August 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat das Schreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 30. Juli 1964 erhalten. In diesem Schreiben habt Ihr den Wunsch vieler Bruderparteien nach Einheit und ihren Kampf gegen eine Spaltung völlig ignoriert, die Tür zu Konsultationen über die Frage der Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien zugeschlagen und den Befehl zur offenen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung erlassen.

Wir haben in unserem Brief vom 28. Juli d. J. an Euch festgestellt, daß „Ihr entschlossen seid, willkürlich, einseitig und rechtswidrig eine solche Konferenz, die zur offenen Spaltung der inter-

nationalen kommunistischen Bewegung führen würde, vorzubereiten und einzuberufen". Ihr habt bereits „ein revisionistisches politisches Programm und eine spalterische organisatorische Linie für eine internationale Beratung der Bruderparteien festgelegt". „Ihr habt alles genau eingeplant: welcher Art die Konferenz sein soll, wer sie vorzubereiten hat, wer an ihr teilnehmen darf und wer sie einberufen wird — für all das habt Ihr Euch das letzte Wort vorbehalten. In Euren Augen sind alle anderen Bruderparteien nichts anderes als Marionetten, die lediglich Euren Befehlen zu gehorchen haben." Wir haben Euch in unserem Brief auch die Folgen Eures Vorgehens dargelegt und Euch darauf aufmerksam gemacht, daß Ihr durch die Einberufung einer kleinen spalterischen Zusammenkunft, die antikommunistisch, volksfeindlich und konterrevolutionär ist, nach Eurem eigenen Willen in eine Sackgasse geraten werdet, und Euch in aller Aufrichtigkeit geraten, vor dem Abgrund Halt zu machen.

Ihr habt in Eurem Schreiben vom 30. Juli unseren Brief vom 28. Juli an Euch völlig ignoriert. Den Appellen vieler Bruderparteien, die in letzter Zeit gegen die überstürzte Einberufung einer Konferenz der Spaltung Stellung genommen haben, schenkt Ihr ebenfalls kein Gehör.

In Eurem letzten Schreiben habt Ihr eigenmächtig festgelegt: Ohne die vorherige Erzielung einer einmütigen Vereinbarung durch bilaterale und multilaterale Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU und den anderen betroffenen Bruderparteien solle eine Beratung der Redaktionskommission abgehalten werden. Dieser Redaktionskommission müßten die von Euch bestimmten 26 Parteien angehören, nicht mehr und nicht weniger, eine weitere Diskussion darüber sei ausgeschlossen. Die Parteien, die Mitglieder der Redaktionskommission sind, müßten Euch so schnell wie möglich eine Liste ihrer Delegationen vorlegen, die sich bis zum 15. Dezember d. J. in Moskau zu melden hätten. Eine Verspätung könne nicht geduldet werden.

Ohne erst abzuwarten, bis die von Euch ernannte Redaktionskommission zusammentritt, schreibt Ihr sogar schon vor, daß die internationale Konferenz für Mitte nächsten Jahres einzuberufen sei.

Darüber hinaus erklärt Ihr in Eurem Schreiben selbstherrlich, daß die Beratung der von Euch eingesetzten Redaktionskommission termingemäß ihren Betrieb aufnehmen und die von Euch einseitig einzuberufende internationale Konferenz ebenso termingemäß stattfinden würde, ganz gleich, ob Bruderparteien fernbleiben oder nicht.

Somit wird der Tag, an dem die von Euch für Dezember dieses Jahres einberufene Beratung der Redaktionskommission beginnt, als Tag der großen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung in die Geschichte eingehen.

Um die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen, bedient Ihr Euch in Eurem Schreiben vieler schönklingender Worte. Ihr sagt, Ihr wollet eine internationale Konferenz einberufen, um die Einheit zu „erhalten" und zu „festigen", nicht aber eine Spaltung herbeizuführen. Wenn dem so wäre, müßte zumindest in allen Fragen der Prozedur und der Schritte zur Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien eine Vereinbarung zwischen allen Bruderparteien der Welt durch bilaterale bzw. multilaterale Besprechungen gemäß dem Prinzip der Konsultationen auf Basis der Gleichberechtigung in Einmütigkeit erreicht werden. Ihr habt jedoch das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit durch Konsultationen unter den Bruderparteien von Grund auf umgestoßen, die Einwendungen der Bruderparteien gegen eine überstürzte Einberufung der Konferenz völlig ignoriert und seid entschlossen, ohne Rücksicht auf die Teilnahme oder das Fernbleiben von Bruderparteien eine Konferenz abzuhalten. Ist hier noch die geringste Spur eines Wunsches nach Einheit vorhanden? Liegt es nicht klar auf der Hand, daß Ihr auf eine Spaltung hinarbeitet?

Ihr behauptet, daß Ihr eine internationale Konferenz einberufen wollt, um „jenes Gemeinsame zu finden, das alle Bruderparteien verbindet". Das ist purer Schwindel. Die Bruderparteien haben tatsächlich etwas Gemeinsames, und zwar die revolutionären Grundsätze der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960. Dieses Gemeinsame habt Ihr aber schon längst über Bord geworfen, und Ihr geht Euren revisionistischen Weg immer weiter und weiter. Nicht genug damit, daß Ihr auch nicht die leiseste Absicht erkennen laßt, Eure revisionistische Linie aufzugeben, versucht Ihr jetzt hartnäckig, diese Linie der internationalen Konferenz aufzuzwingen. Wo gibt es dann da noch etwas Gemeinsames zwischen Euch und den Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt?

Heute ist die dringlichste gemeinsame Aufgabe, vor die sich die Kommunisten und die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt gestellt sehen, die, gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien zu kämpfen. Doch Ihr seid mit Leib und Seele dabei, mit den amerikanischen Imperialisten gemeinsame Sache zu machen, und sucht nach dem Gemeinsamen, das Euch mit ihnen verbindet. Ihr habt den amerikanischen Imperialisten wiederholt zu verstehen gegeben, daß Ihr Euch von allen Fronten des Kampfes gegen den USA-Imperialismus zurückziehen wollt. Als die amerikanischen Imperialisten kürzlich eine bewaffnete Aggression gegen einen sozialistischen Bruderstaat, die Demokratische Republik Vietnam, unternahmen, habt Ihr, statt ausdrücklich zu erklären, daß Ihr den Kampf Vietnams gegen die amerikanische Aggression unterstützt, den amerikanischen Imperialisten sogar unter die Arme gegriffen und bei ihrem

Versuch, sich über die UNO in Vietnam einzumischen, aktiv Beistand geleistet. Wie könnten die Marxisten-Leninisten unter solchen Umständen, da Ihr diesen antikommunistischen, volksfeindlichen und konterrevolutionären Kurs verfolgt, mit Euch irgendeine Vereinbarung erreichen und irgendwelche gemeinsame Aktionen unternehmen?

Darüber hinaus versucht Ihr mit allen möglichen Drohungen, uns und andere Bruderparteien einzuschüchtern. Ihr setzt dabei natürlich auf die rücksichtslose subversive und Wühltätigkeit, die Ihr im Bündnis mit dem Imperialismus und den Reaktionären aller Länder sowie unter Ausnutzung der rechten Sozialdemokraten, Trotzkisten, Abtrünnigen und Renegaten gegen die Bruderparteien ausübt. Doch ist das alles nichts Aufregendes; denn in der gleichen Weise seid Ihr früher schon allzu oft vorgegangen. Je mehr Ihr so handelt, desto weiter entwickeln sich die Dinge in einer Euren Wünschen entgegengesetzten Richtung. Ihr seid nicht in der Lage, die Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten, umzustürzen oder zu unterwühlen. Diese werden umgekehrt im Kampf gegen Euch nur noch fester und stärker. Durch Euer schändliches Vorgehen zeigt sich Euer wahres Gesicht als Verräter an der Revolution nur noch deutlicher. Ein chinesisches Sprichwort lautet: „Wie können Ameisen einen Baum schütteln?" Die Imperialisten, die Reaktionäre aller Länder und die Revisionisten sind nur eine Handvoll Leute, die auf dem Müllhaufen der Geschichte enden werden.

Wir haben bereits wiederholt betont, daß in allen Fragen der Vorbereitung, Einberufung und Zusammensetzung der internationalen Konferenz eine Einmütigkeit durch Konsultationen zwischen allen Bruderparteien der Welt, d. h. den alten, den wiedererrichteten und den neugegründeten, erzielt werden muß. Andernfalls ist jegliche Redaktionskommission bzw. internationale Konferenz, die Ihr einberufen möget, rechtswidrig.

Wir werden uns weder durch Eure schönklingenden Worte irreführen lassen, noch uns Euren Drohungen und Erpressungen unterwerfen, weder Komplicen bei Eurer Spaltertätigkeit werden, noch mit Euch zusammen die Verantwortung für die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung übernehmen. Würden wir an Eurer Spalterkonferenz teilnehmen, so wäre das gleichbedeutend mit einer Legalisierung Eures rechtswidrigen Vorgehens, mit der Anerkennung Eures Rechtes auf Mißachtung der in der Deklaration und der Erklärung festgelegten Normen für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien, mit der Akzeptierung Eurer Position als „Vaterpartei". Da wir uns zur Einhaltung der Grundsätze verpflichtet und vor der Geschichte verantwortlich fühlen, werden wir selbstverständlich darauf nie eingehen.

Wir bekräftigen nochmals unseren Standpunkt, der bereits in dem Brief des ZK der KP Chinas vom 28. Juli an das ZK der KPdSU dargelegt wurde:

„Die Kommunistische Partei Chinas tritt konsequent dafür ein, eine gut vorbereitete internationale Konferenz der Bruderparteien, eine Konferenz der Einheit auf Basis des Marxismus-Leninismus einzuberufen, und stellt sich mit aller Entschiedenheit Eurem Versuch entgegen, eine Konferenz der Spaltung zu organisieren.

Das ZK der KP Chinas erklärt feierlich: Wir werden unter keinen Umständen an irgendeiner internationalen Konferenz und deren vorbereitender Beratung teilnehmen, die Ihr lediglich zu dem Zweck einberufen wollt, die kommunistische Weltbewegung zu spalten."

Da Ihr einseitig beschlossen habt, für Dezember dieses Jahres eine Redaktionskommission und für Mitte nächsten Jahres eine internationale Konferenz einzuberufen, habt Ihr die Verantwortung für alle Folgen der sich daraus ergebenden offenen Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu tragen.

Die Kommunistische Partei Chinas ist entschlossen, zusammen mit den marxistisch-leninistischen Bruderparteien und den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt das revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus, das Banner der Einheit auf dem Boden des proletarischen Internationalismus und das Banner des Kampfes gegen den Imperialismus noch höher zu halten und bis zum Endsieg gegen Euren Revisionismus, Euer Spaltertum und Euer Kapitulantentum zu kämpfen.

Wir haben bereits warnend darauf hingewiesen, daß das Datum Eurer Spalterkonferenz der Tag sein wird, da Ihr ins Grab sinkt. Euer Schreiben vom 30. Juli zeigt, daß Ihr ohne Rücksicht auf alle Folgen einen weiteren großen Schritt auf das von Euch selbst gegrabene Grab zu gegangen seid. Wir hoffen, daß Ihr in diesem kritischen Augenblick das Für und Wider sorgfältig abwägen und wählen werdet, ob Ihr in den Abgrund gehen oder noch an seinem Rande kehrtmachen wollt.

Mit brüderlichen Grüßen

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101